Nr. 302 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 150

Morgen-Ausgabe

1,50 Mark

Bezugspreis:
einschließlich 150.— M., monatl. 50.— M. Haus, voraus zahlbar. Post-Monatlich 50.— M., einschl. Zustellgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet sowie Oesterreich u. Luxemburg 84.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 60.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 29. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Proletarische Einheitsforderungen.

An die Reichsregierung und den Reichstag!

In unserer heutigen Sonderausgabe veröffentlichten wir bereits einen Aufruf, den die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AfA-Bundes und die Leitungen der beiden sozialistischen Parteien gemeinsam mit der KPD. erlassen haben. Bei der beschleunigten Herstellung der Sonderausgabe waren leider infolge technischen Versehens die Unterschriften fortgefallen, so daß der Aufruf verstümmelt erscheint. Deshalb und da vermutlich manche unserer Leser die Sondernummer nicht erhalten haben, wiederholen wir die Veröffentlichung des für die politische Entwickelung bedeutsamen Aufrufs. Red. des „Vorwärts".

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses sich mit dem Vorstand des AfA-Bundes und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt. In gemeinschaftlichen Beratungen sind von den Unterzeichneten die folgenden Forderungen beschlossen worden:

An die Reichsregierung und den Reichstag.

Das Gesetz zum Schutze der Republik muß enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift. Bestrafung auch derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe irgendwie verherrlichen, belohnen oder begünstigen. Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen. Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben. Sofortige Beseitigung aller monarchistischen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten. Bestrafung jedes Angriffes in Tat, Wort oder Schrift auf die republikanischen Farben und Fahnen. Strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen. Aufhebung derjenigen Rechte, die dieser Säuberung entgegenstehen. Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes. Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere. Untersagung weiterer Ernennung von Reserveoffizieren. Einsetzung eines Außerordentlichen Gerichtshofes in Berlin, dessen Kammern aus je einem Richter und sechs Laienbeisitzern bestehen, die vom Reichspräsidenten zu ernennen sind. Uebertragung der Anklageerhebung an einen vom Reichsjustizminister zu ernennenden republikanischen Reichskommissar. Schaffung einer Reichsexekutive, insbesondere einer Reichskriminalpolizei. Vorschriften zur Erleichterung der Verhaftung und Anordnung sofortiger Verhaftung solcher Personen, die gegen Gesetze zum Schutze der Republik verstoßen. Bestimmungen über Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens der Verurteilten sowie über Entziehung von Pensionen und Bezügen.

Die Geltungsdauer des Gesetzes ist zunächst auf mindestens zwei Jahre festzusetzen. Vom Reichstag erwarten wir, daß er dieses Gesetz in kürzester Frist verabschiedet und nicht früher auseinandergeht, bis es in Kraft getreten ist.

Unabhängig hiervon fordern wir: Sofortige Amnestie im Reiche und in den Ländern für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen haben. Amnestie auch für die aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks zur Verantwortung Gezogenen. Einstellung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Disziplinarverfahren.

Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.

Von den Gewerkschaftsmitgliedern und den gesamten Arbeitnehmern Deutschlands

verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin, festen Willen und Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens, sobald wir sie dazu aufrufen.

Von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Auslandes,

die uns wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der deutschen Republik zugesichert haben, fordern wir jetzt eine starke Einwirkung auf ihre Regierungen in der Richtung, daß die Entente von ihrer Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt.

An alle republikanisch gesinnten Organisationen

richten wir die Aufforderung, sich unseren Forderungen anzuschließen und auch ihre Kräfte für ihre Durchführung einzusetzen.

Zur Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen und die Mitwirkung der gesamten Arbeitnehmerschaft sind die beiden Bundesausschüsse des ADGB. und des AfA-Bundes noch für diese Woche zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Berlin, 27. Juni 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund:
Leipart. Graßmann.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund:
Aufhäuser. Urban. Staehr.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Müller. Braun.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
Crispien. Dittmann.

Kommunistische Partei Deutschlands:
Meyer. Koenen.

Reichstagsauflösung in Sicht.

Keine Einigung in der Brotfrage.

Morgen kommt im Reichstag die Regierungsvorlage über die Getreideumlage zur zweiten Lesung, ohne daß es bisher gelungen ist, eine Einigung über sie zu erzielen. Zwischen den Forderungen der Sozialdemokratie und dem Standpunkt der bürgerlichen Koalitionsparteien in der Preisfrage klafft bisher ein unüberbrückbarer Gegensatz. Die Sozialdemokratie besteht darauf, daß der Roggenpreis nicht höher als auf 6300 M. pro Tonne und der Weizenpreis nicht über 6900 M. festgesetzt wird; die Bürgerlichen wollen anscheinend bestenfalls einen Roggenpreis von 7600 M. zugestehen.

Mit der dadurch entstandenen Situation beschäftigte sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gestern abend in einer Sitzung, die sich bis in die späte Nachtstunde hineinzog. Die Meinung überwog, daß eine Verständigung nicht mehr zu erzielen sei und die Reichstagsauflösung damit unvermeidlich sein wird.

Die Mörder festgestellt.

Alle drei Ehrhardt-Offiziere.

Amtlich wird in später Abendstunde gemeldet: Nachdem die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums bereits am Dienstag den bei Ermordung des Ministers Rathenau benutzten Kraftwagen ermittelt und im Polizeipräsidium sichergestellt hatte, ist es jetzt gelungen, die Mordtat in vollem Umfange aufzuklären und die Namen der Täter festzustellen. Es sind:

1. Techow, Ernst Werner, 21 Jahre alt, in Berlin geboren und zuletzt hier wohnhaft;
2. Fischer, Hermann, auch Vogel genannt, Spitzname Pêcheur, früherer Aufenthalt Flöha i. Sachsen, auch Chemnitz; nicht älter als 25 Jahre.
3. Knauer, auch Körner und Kern genannt, gleichfalls nicht älter als 25 Jahre.

Alle drei Genannten gehören der Organisation C und früher der Brigade Ehrhardt an. Knauer gehörte beim Kapp-Putsch zur sogenannten Stabswache der Reichskanzlei. Alle drei haben sich aus Berlin entfernt, sie hatten jedoch nach den Ermittlungen zuletzt keine erheblichen Mittel und auch keine Pässe. Techow ist am Sonntag abend mit dem D-Zug 8,35 Uhr nach Halle abgefahren. Die beiden anderen haben vermutlich am Dienstag Berlin verlassen und sich nach Norden begeben. Eine Anzahl weiterer Personen, die der Mittäterschaft überführt sind, sind von der Polizei verhaftet worden.

Annahme des Bemelmans-Abkommens.

Paris, 22. Juni. (Havas.) Die Reparationskommission hat gestern die Abänderungen geprüft und gebilligt, die das Abkommen vom 15. März 1922 betreffs der Sachlieferungen durch die Vereinbarungen vom 6. bis 9. Juni erfahren hat.

Die deutsche Arbeit für Frankreich.

Paris, 28. Juni. Der „Eclair" hat aus dem Ministerium für öffentliche Arbeiten erfahren, daß die deutschen Arbeiter, die für die Ausführung der öffentlichen Arbeiten außerhalb der Kriegsgebiete nach Frankreich kommen sollen, zum größten Teil in Mark bezahlt werden. Die Nahrungsmittel werden ihnen von Deutschland geschickt werden. Ein Drittel der Lieferung für die auszuführenden Arbeiten wird der französischen Industrie übertragen werden. Dieses Verhältnis werde aber je nach den verschiedenen Lieferungen variiert werden. Frankreich werden 66 Proz. des Kalkes und des Zementes, 50 Proz. der Eisen- und Stahllieferungen und 33 Proz. des Werkzeuges und der Maschinenlieferungen übernehmen.

Nicht Ende, sondern Anfang!

Die gewaltigen Kundgebungen zum Schutze der Republik, die am Dienstag in ganz Deutschland stattgefunden haben, dürfen nicht ergebnislos verpuffen. Darüber besteht in den sozialistischen Arbeiterkreisen keinerlei Zweifel. Und selbst bürgerliche Kreise, die sonst dem Massenaufgebot der Arbeiter nur mit Zittern und Zagen entgegensahen, beginnen langsam zu begreifen, daß die ungeheure Welle der Empörung über den neuesten politischen Meuchelmord nicht ohne greifbare Resultate für die Sicherung der republikanischen Staatsform bleiben kann. Der Aufruf der großen Arbeiterorganisationen, den wir heute wiederholen, zeigt die Wege, die jetzt beschritten werden müssen. Jedermann weiß, daß wir Sozialdemokraten die politische Entwicklung mit den Mitteln parlamentarischer Gesetzgebung zu beeinflussen suchen und daß wir gewaltsamen Aenderungen ablehnend gegenüberstehen. Aber auch darüber darf kein Zweifel obwalten, daß zu den parlamentarischen Mitteln nicht nur Verhandlungen und Beschlüsse im Reichstage gehören, wenn sie auch an erster Stelle zu nennen sind. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die im Reichstage zu der Notverordnung des Reichspräsidenten Stellung genommen, haben, von den Rechtsparteien abgesehen, übereinstimmend bekundet, daß auch sie den Schutz der Republik für notwendig halten. Diese Erklärungen dürfen keine platonischen bleiben. Die Parteien, die sich zur Republik bekannten, müssen sich ganz klar darüber sein, daß eine Verzögerung der notwendigen Maßnahmen und die Vertröstung der wartenden Massen noch schlimmere Empörung wachrufen würde als der Mord an Rathenau.

Die notwendigen Gesetze zum Schutze der Republik, wie sie der Aufruf der Arbeiterorganisationen fordert, bedürfen zweifellos in mehreren Punkten der parlamentarischen Zweidrittelmehrheit, um zur Annahme zu gelangen. Es besteht nun nicht mit Unrecht die Befürchtung, daß gewisse Teile der bürgerlichen Parteien im entscheidenden Augenblick versagen möchten, wenn es zu den wichtigsten Abstimmungen kommt. Leider ist nicht unbekannt, daß sogar manche Demokraten, die in Rathenau doch ihr hervorragendes Parteimitglied betrauern, eine gewisse „Angst vor der eigenen Courage" an den Tag legen, sobald sie von der abstrakten Sympathieerklärung zu konkreten Handlungen übergehen sollen. Ihnen und ähnlichen weichherzigen Gemütern in den übrigen bürgerlichen Parteien wird deshalb der Aufruf der Arbeiterorganisationen und Parteien eine willkommene Rückenstärkung sein. Sie werden aus der Entschiedenheit, mit der diese Vertretung der arbeitenden Massen ihre Forderungen nicht nur aufstellt, sondern auch ihre Durchführung sicherzustellen bestrebt ist, entnehmen können, daß diesmal eine Verwässerung der Zusagen wie nach dem Kapp-Putsch nicht angängig sein darf, wenn anders nicht alles Vertrauen zu dieser Republik auch in Arbeiterkreisen verschwinden soll.

Aus allen Teilen Deutschlands kommen die Forderungen gerade sozialdemokratischer Organisationen, die eine sofortige Auflösung des Reichstages und alsbaldige Neuwahlen unter der Parole „Schutz der Republik!" „Nieder mit der monarchistischen Mordpropaganda" verlangen.

Zentralrat und Gruppenräte der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin haben neuerdings einmütig diese Forderungen aufgestellt:

1. Sofortige Reorganisation der Reichswehr, der Polizei, der Justiz, der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden dergestalt, daß alle antirepublikanischen Elemente daraus beseitigt und durch befähigte zuverlässige Republikaner ersetzt werden, entsprechend dem Bielefelder Abkommen von 1920.
2. Sofortige Amnestie aller politisch Inhaftierten und Angeklagten, die gegen die monarchistische Reaktion gerichtete Handlungen begangen haben.
3. Die sofortige Anklageerhebung gegen alle geistigen Urheber der Attentate der Reaktion sowie deren sofortige Ueberführung in Untersuchungshaft.
4. Die politischen Parteien im Verein mit dem ADGB. und AfA-Bund sind verpflichtet, die heutigen Demonstrationen im ganzen Reiche nicht als den Abschluß, sondern als den Beginn des entschiedenen Handelns zur Durchführung vorstehender Forderungen zu betrachten und haben die Verpflichtung, unter Einsetzung ihrer gesamten Machtmittel — parlamentarisch und außerparlamentarisch — deren Durchführung zu erzwingen.

Hierbei verpflichten die Versammelten die drei Parteien, den ADGB. und AfA-Bund, bei evtl. Weigerung der gegenwärtigen Regierung gemeinschaftlich eine Arbeiterregierung zu bilden und die hieraus resultierenden Wahlen gemeinschaftlich zu führen. Sollte bei einer evtl. Weigerung der gegenwärtigen Regierung, die vorgenannten Forderungen zu bewilligen, diese nicht freiwillig zurücktreten, so ist deren Rücktritt zu erzwingen.

Die Stimmung in allen sozialistischen Arbeiterkreisen ist gegenwärtig so, daß man nicht den Versuch machen sollte, durch „Ausweichen" und „Lavieren" Entscheidungen hinaus-

F84 1393

zuschieben. Die Reaktion weiß, daß nur eine harte Hand sie selbst in Schach halten kann. Ihre Geheimorganisationen, die mit unglaublich reichen Mitteln ausgestattet sind — an anderer Stelle finden die Leser einen neuen Beleg dafür — pfeifen auf alle schwächlichen gesetzlichen Maßnahmen. Sie verstehen eher ein scheinbares Unrecht, wenn es nur konsequent ist als die peinlichste Gesetzlichkeit, die eine Schwäche offenbart.

Nicht nur bei den Deutschnationalen, sondern auch in weiter links stehenden bürgerlichen Schichten wird noch immer Bismarck als ein Halbgott verehrt. Das Sozialistengesetz mit seiner Verfolgung und Aechtung aller sozialistischen Propaganda — nicht nur der gewaltsamen, denn solche gab es nicht — wird noch heute von weiten Schichten des reaktionären Bürgertums als eine Meisterleistung staatsmännischer Energie gepriesen. Aber selbst von diesem brutalen Ausnahmegesetz abgesehen: Kann sich jemand Bismarck vorstellen, daß er, nachdem die Cumberländer von ihren Thronen in Hannover und Braunschweig durch ihn verjagt waren, diesen selben Cumberländern gestattet hätte, im Lande zu bleiben und Paraden bei Regimentsfeiern abzunehmen? Was die deutschen Reaktionären an Bismarck priesen, dem Vertreter engstirnigen Preußentums, das muß jetzt die Republik als die vom Volk bestimmte freiheitliche Staatsgestaltung wenigstens zu einm bescheidenen Teile wiederholen: Sie darf gegen ihre Feinde nicht schwach werden, sondern muß stark und unerbittlich sein, wenn es sich darum handelt, ihre eigene Existenz gegen gewaltsame Angriffe zu verteidigen.

Aber nicht nur die Niederhaltung der Meuchelmörder, auch die Sicherung der Lebensexistenz der breiten Volksmassen gehört zu den Aufgaben, die der Tag erfordert. Unter dem Druck der landwirtschaftlichen Organisationen können sich die bürgerlichen Parteien nicht entschließen, die von der Regierung geforderte Brotgetreideumlage mit noch erschwinglichen Preisen zu bewilligen. Anstatt die sofort notwendigen Maßnahmen gegen die monarchistische Reaktion zu treffen, suchen sie zunächst den Profit der Agrarier sicherzustellen, ohne Rücksicht auf die Lebensmöglichkeit der arbeitenden Volksmassen. Sie vereinfachen deshalb ungewollt die Lage. Es wird so ganz plötzlich schon aus diesem Grunde die Auflösung des Reichstages in greifbare Nähe gerückt.

Die sozialistischen Parteien, die sich zur Abwehr reaktionärer Anschläge zusammengefunden haben, werden deshalb automatisch auch eine gemeinsame Front gegen die Brotwucherer zu bilden haben. Wir werden unsererseits nichts tun, um diese gemeinsame Abwehrfront zu stören, aber wir werden alles aufbieten, um die Neuwahlen, wenn sie infolge bürgerlichen Versagens anberaumt werden, zu einem großen Siege des sozialistischen und des republikanischen Gedankens werden zu lassen. Insofern sollen die Kundgebungen der letzten Tage nicht das Ende, sondern der Anfang der Aktion zur Sicherung der Republik sein.

Der Trennungsstrich.

Theorie und Praxis bei den Deutschnationalen.

Die „Deutsche Tageszeitung" kommt noch einmal auf die Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei zurück, in der es u. a. heißt:

„Gegen jeden, der Gewalttaten predigen, gutheißen oder sich etwaigen Organisationen anschließen sollte, über deren Ziele in dieser Hinsicht Zweifel bestehen könnten, ist rücksichtslos der Ausschluß aus unserer Partei zu bewirken."

Das Agrarierorgan stimmt der Kundgebung „rücksichtslos und in all ihren etwaigen Konsequenzen" zu. Schwierig sei es nur, die Forderung in der Praxis durchzuführen, da keine Partei wissen könne, wer ihr bei den Wahlen die Stimme gibt, und da eine Kontrolle über alle eingeschriebenen Mitglieder nicht einfach sei. Der offene Brief an die Deutschnationale Volkspartei, den wir an anderer Stelle wiedergeben, dürfte die Aufgabe etwas erleichtern. In dem Schreiben wird die Behauptung aufgestellt, daß die deutschnationalen Reichstagsmitglieder General von Gallwitz, Major a. D. Henning und Jandrey einem Mitglied der Geheimorganisation C. das des politischen Mordes verdächtig war, Beihilfe geleistet haben. Es wird weiter behauptet, daß die Reichstagsfraktion als solche eine Sammlung für den Verdächtigen veranstaltet hat. Geldgeber waren nach diesen Angaben ferner das Bureau der Deutschnationalen Volkspartei in der Bernburger Straße.

Was kommen mußte.

Die deutschnationale Presse hat nichts eiligeres zu tun, als die wenigen Zwischenfälle, die sich bei der spontanen Kundgebung des deutschen Volkes am Dienstag ereignet haben, für ihre Zwecke auszuschlachten. Man setzt wieder einmal die bekannte Tartüffemaske auf und schreit Zeter und Mordio über die Gewalttätigkeit von links. So heißt es in der „Kreuzzeitung":

„Es war unvermeidlich, daß die Art, wie die Ermordung Rathenaus in unseren Parlamenten behandelt worden ist, zu neuen Gewalttaten führen mußte. Die von jener Seite beliebte Maßlosigkeit in der politischen Ausbeutung des Verbrechens könnte uns damit zu Zuständen führen, die sich von denen im alten Rom zur Zeit des Marius und Sulla nicht wesentlich unterschieden würden."

Von dieser Seite würde man es allerdings lieber sehen, wenn das deutsche Volk noch weiter in Lammesgeduld die Partei „für König gegen das Vaterland" ihr sauberes Meuchlerhandwerk vollenden ließe. Wie bodenlos gemein man auf jener Seite verfährt, zeigt das Blatt des deutschnationalen Reichstagsmitgliedes Wulle aufs neue, indem es das entsetzliche Eisenbahnunglück an der Schönhauser Allee als eine Folge des Demonstratkonsstreiks hinstellt.

Mörderjubel.

Wieder wie nach der Ermordung Erzbergers halten Mordpatrioten Feierlichkeiten bei Wein und Sekt ab. An Geld mangelt es ihnen nicht, man läßt sich die Ermordung republikanischer Führer schon etwas kosten, und um den „teutschen Geist" hochzuhalten, trinkt man bei den Mordfeiern auf die baldige Ermordung Eberts, Scheidemanns und Wirths. In Karlsruhe feierte eine Studentengruppe den Mord an Rathenau in einem öffentlichen Lokal; eine Flasche Wein folgte der anderen, verschiedentlich hieß es nach einem kräftigen „Kuhschluck": „Hoffentlich wird er nicht mehr lebendig!" Nachdem der Spaß schon manchen grauen Schein gekostet hatte und die „Stimmung" gehoben war, zog ein Grünbemützter ein Papier aus der Tasche und verlas unter Gejohle und Gelächter eine

Grabrede auf Rathenau,

die an Roheit und Gemeinheit nicht zu überbieten ist. Die „Grabrede" verhöhnte Himmel, Jesus und Petrus und lief dem Sinn nach, wie der „Karlsruher Volksfreund" mitteilt, auf folgenden Schluß hinaus:

Plötzlich kam ein großer Gestank auf die Himmelstüre zu, und Petrus fragte: „Was ist denn das?" Es wurde ihm geantwortet: „Das ist Rathenau!" „Bravo!" riefen die Engel, „hoffentlich kommt Wirth auch bald."

Die Polizei wurde von diesem haarsträubenden Skandal sofort benachrichtigt und erschien mit einem größeren Aufgebot. Nach dem Verhör und der Besudelung der Räume auf der Polizeiwache durch die betrunkenen Studenten wurde deren Entlassung angeordnet. Am Montag abend erfolgte dann eine neue Festnahme, die bisher noch aufrechterhalten ist.

•

In Duisburg besuchte ein Parteigenosse am Sonnabend seinen Rechtsanwalt. In dessen Bureauräumen erfuhr er von der Ermordung Rathenaus. Anläßlich der Ermordung äußerte der Rechtsanwalt Borries u. a., er verurteile den politischen Mord, aber es wäre richtig und gut gewesen, wenn man Rathenau und Genossen jeden Morgen abgeholt und ihnen 25 Stockhiebe „auf den nackten ...." gegeben hätte. Er, der Rechtsanwalt Borries, könne diese Ansicht gut vertreten, denn er gehöre zur Deutschnationalen Volkspartei, und es hätten keine „Fremdrassige" in einer deutschen Regierung etwas zu tun. — Als der Parteigenosse den Herrn aufmerksam machte, daß er von seinen Aeußerungen öffentlich Gebrauch machen werde, fiel diesem so mutigen Herrn das Herz in die Hose, und er bat, davon Abstand zu nehmen, weil er kranke Füße habe und deshalb gefaßt sein müsse, bei der nächsten Gelegenheit von den Kommunisten tätlich angegriffen zu werden.

Darmstadt, 28. Juni. (TU.) Ministerpräsident Ulrich erhielt einen Drohbrief aus Mainz des Inhalts, die Organisation C habe ihm als Nächsten das gleiche Schicksal bestimmt, wie es Rathenau widerfahren sei.

Sachsen gegen Geßler.

Dresden, 28. Juni. (WTB.) Als in der heutigen Landtagssitzung Präsident Fräßdorf dem ermordeten Rathenau einen Nachruf widmen wollte, erhob sich auf der Linken anhaltender Lärm gegen den deutschmonarchistischen Vizepräsidenten Dr. Wagner. Sozialisten und Kommunisten verlangten, daß sich Dr. Wagner sofort entferne. Da Wagner sich diesem Verlangen widersetzte, verließ die gesamte Linke den Saal und veranstaltete in dem Saal der früheren ersten Kammer eine besondere Trauerfeier für Dr. Rathenau. Auch diese Sitzung war öffentlich. Nachdem Abg. Wirth (Soz.) zum Präsidenten gewählt worden war, ergriff Landtagspräsident Fräßdorf auch in dieser Versammlung das Wort und führte nach Wiederholung der tatsächlichen Vorkommnisse aus, daß die Deutschmonarchisten mit dem Attentat gegen Rathenau wieder die Erfüllungspolitik der Regierung hätten treffen wollen. Um die Republik zu sichern, müsse vorübergehend mit Ausnahmegesetzen gearbeitet werden. In absehbarer Zeit werden voraussichtlich die Wähler zu entscheiden haben. Mit einem Hoch auf die Republik wurde diese Sondertrauerfeier geschlossen.

In der Nachmittagssitzung verlas Innenminister Lipinski eine

Regierungserklärung,

in der zunächst der Teilnahme der sächsischen Regierung aus Anlaß der Ermordung Rathenaus Ausdruck gegeben wird. Mit der Reichsregierung sei auch die sächsische Regierung der Auffassung, daß der Mord wohlvorbereitet und überlegt ausgeführt worden ist. Die Mordbuben werden durch weitverzweigte Organisationen unterstützt und gedeckt, **die alle im Zusammenhang mit der deutschnationalen Volkspartei stehen.** Die sächsische Regierung hat bereits alles getan, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und alle nationalistischen Kundgebungen verboten. Sie hat aber darüber hinaus in einer

Protestnote an die Reichsregierung

darauf hingewiesen, daß die Reichswehr die monarchistische Agitation durch Beistellung geschlossener Formationen zu Regimentsfeiern begünstigt und daß dies vom Reichswehrminister angeordnet wurde ohne vorherige Kenntnis der sächsischen Regierung. Sie hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichswehr trotz des Mordes keine Vorbeugungsmaßregeln getroffen hat und verlangt, daß Demonstrationen der Reichswehr bei Regimentsfeiern und die Agitation hierfür verboten werden. Die sächsische Regierung hält es für geboten, durch einen Wechsel in der Person des Reichswehrministers die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß die Reichswehr ein Mittel zum Schutze der Republik werde. Die sächsische Regierung würde es begrüßen, wenn der Landtag die noch ausstehenden Gesetze und den Etat ohne viele Worte verabschieden würde. Die Regierung weist den Vorwurf, „sie klebe an ihren Aemtern" mit Entrüstung zurück. Zum Schlusse wird die republikanische Bevölkerung zur einmütigen Abwehr aller staats- und verfassungsfeindlichen Bestrebungen aufgefordert.

•

Weimar, 28. Juni. (WTB.) Landtag. Als Abg. Dr. Herfurth (Dnatl.) sprechen wollte, gab es Szenen, die in Tätlichkeiten auszuarten drohten. Der Präsident unterbrach die Sitzung auf eine halbe Stunde. Nach Wiederaufnahme der Sitzung gab der Minister des Innern die Maßnahmen der Regierung zum Schutze der Republik bekannt.

„Organisation C."

Von Paul Gutmann.

Durch die Enthüllungen, die unser politischer Teil heute bringt, wird die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Mörderzentrale „Organisation C" gelenkt. Das soll uns aber nicht abhalten, zugleich auf eine andere Organisation hinzuweisen, die es ebenfalls verdient, unter die kritische Lupe genommen zu werden. Es ist die scheinbar harmlose, in Wirklichkeit aber in hohem Grade gemeingefährliche „Organisation G".

Sie erstreckt sich über ganz Deutschland und hat den Vorteil für sich, daß sie nicht nur vom Staat geduldet, sondern sogar teilweise subventioniert wird. Unter der Maske allgemeiner Nützlichkeit versteht sie es ausgezeichnet, jene Gesinnung vorzubereiten oder mindestens zu fördern, die schließlich der „Organisation C" und ähnlichen gegen den jetzigen Staat gerichteten Verschwörerzentralen Mitglieder in die Arme führt.

Der ahnungslose Staatsbürger, der im Alter völliger Unreife in die „Organisation G" aufgenommen wird, muß sich verpflichten, die seinem widerstandslosen Gehirn eingeimpften Anschauungen sich so einzuverleiben, daß er imstande ist, darüber von Zeit zu Zeit eine Prüfung abzulegen, die über sein weiteres Aufsteigen entscheidet. Wie mit Klostermauern verschließt ihn die Organisation gegen alles, was irgendwie von neuzeitlichem Geist berührt ist. Maßgebend für ihre Scheinethik sind die Heldensagen halbwilder Völker. Da trieft es von Blut. Da werden in langatmigen Gesängen Waffen und Rüstungen beschrieben, da beschimpft man den Feind, bevor man ihn abschlachtet! Einer der am meisten besungenen Helden schleift seinen zur Strecke gebrachten Gegner, den er mit den Haaren an seinen Siegeswagen gebunden hat, nochmals um die Mauern der eroberten Stadt. Die Könige werden als gottähnlich gepriesen, mögen sie auch Betrüger, Dummköpfe, blutgierige Bestien gewesen sein.

Gut ist in jener Welt, was überlebt ist. Der Mörder ist ein Heiliger, wenn er den Königspurpur trägt oder dem König dient. Es gibt einige erhabene Dichtungen aus jener Zeit, aber die meisten Schriften sind so langweilig und holprig, daß sie selbst ein deutschvölkisches Blatt heut nicht drucken würde. Dennoch werden die Namen von hundert verstorbenen Eseln in den Himmel erhoben, damit kein Platz mehr für die beunruhigenden Geister von heut übrig bleibt. Jahrtausendalter Unsinn wird als Offenbarung gepriesen. Die Entwicklungslehre wird verleugnet. Wahr ist, was nach Moder stinkt.

Die so tagaus, tagein dressierten Mitglieder der „Organisation G" können natürlich nicht hermetisch vom heutigen Leben abgeschlossen werden. Auf der Straße, im Theater, zu Haus und aus den Zeitungen erfahren sie viel tausend Dinge, die alles Gelernte als lächerlich erscheinen lassen. Da sie aber von ihren ehrwürdig dreinschauenden Verführern verpflichtet wurden, den Moderkram zu schützen, dringt die Lüge in ihre Herzen. Sie glauben nicht an das, was sie sprechen, und halten daher auch den Glauben der andern für Lüge. So werden sie gleichgültig, frech und zynisch. Sie sind schlau genug, zu erkennen, daß die „Organisation G" nur auf Betrug ausgeht, um Macht, Einfluß und Stellung im Staat zu bekommen. Sie machen den Schwindel mit, bis er ihnen so geläufig wird, daß sie damit die Gimpel ins Garn locken können. Ein König wäre ihren dunklen Machenschaften erwünschter als die Kontrolle durch eine Volksvertretung. Die Leiter jener Organisation erdreisten sich, alles modern Freiheitliche zu schmälern, man verhöhnt einen Riesen wie Dostojewski, den man kaum dem Namen nach kennt, feiert dagegen national gesinnte Mittelmäßigkeiten und Lobpreiser mittelalterlicher Roheit. Heine war ein Judenbengel, Gerhart Hauptmann, der Dichter der „Weber", ist eine anrüchige Person.

Die Feigheit, die darin besteht, wehrlose Untergebene herauszufordern, ist ein jesuitisches Mittel jener Männer, die für ihre Zwecke nötigen Sklavenseelen zurechtzukneten. Es wird gestichelt und gehetzt, Gesinnungen werden bespitzelt, Verdächtige zu Fall gebracht. „Warum verdient die Revolution von 1918 die lächerliche genannt zu werden?" so fragt einer der hohen Priester jener Gemeinde seinen freiheitlicher Gesinnung verdächtigen Zögling bei der Prüfung der Lügenreife. Weil Sie, der Fragesteller, Herr Michaelis, Bruder des kläglichen Reichskanzlers, im Amt gelassen wurden!

So ist die „Organisation G", gemeinhin auch Gymnasium genannt, die wahre Verderberin unseres Volks. Von hier ergießen sich Ströme eines schleichenden Leichengifts unaufhörlich über die Nation, vergiften die Moral der Besitzenden, die Justiz, die höhere Beamtenschaft, die Universitäten. Diese „Organisation G" ist mit verantwortlich zu machen für alle Verbrechen am keimenden Leben der Republik, für alle Feigheit der sogenannten Republikaner. Wer durch sie gegangen ist, hat zu kämpfen, wenn er seinen offenen, ehrlichen Sinn bewahren will. Republikaner, wappnet euch gegen das Gymnasium!

Ein Reichsausschuß für Friedhof und Denkmal. Die Bestrebungen, das wenig erfreuliche Aussehen unserer Friedhöfe zu verbessern, haben bisher zwar einige recht günstige Teilerfolge aufzuweisen, es ist aber noch nicht gelungen, das industrielle Grabmalswesen, das den Friedhöfen ihr Gepräge gibt, wirkungsvoll zu beeinflussen. Auf dem ersten deutschen Steintag in Eisenach ist nun von seiten der Steinindustrie selbst die Anregung ausgegangen, alle an der Friedhofskultur beteiligten Kreise zu gemeinsamer Arbeit an dieser wichtigen Aufgabe aufzurufen. Es ist ein „Reichsausschuß für Friedhof und Denkmal" mit dem Sitz in Dresden ins Leben gerufen worden, der den verschiedenen Interessengruppen die Möglichkeit zu gemeinsamer Aussprache geben soll, so daß sich die Widerstände, die sich bisher einer wirksamen Friedhofsreform entgegenstellten, leichter überwinden lassen. Der Ausschuß soll zugleich Richtlinien für die Anlage der Friedhöfe und für die Behandlung der Denkmäler geben und die gemeinsamen Beschlüsse bei den Behörden, bei Industrie und Handwerk durchzusetzen suchen. Es haben zwei Sitzungen in Dresden und Frankfurt a. M. stattgefunden, auf denen die politischen Gemeinden (Städtetag,) die kirchlichen Körperschaften, die kulturellen Verbände (Werkbund, Heimatschutz), die Künstlerverbände, die Steinindustrie, das Grabmalgewerbe und die Arbeitnehmer vertreten waren. Das dort aufgestellte Programm ist so umfangreich, daß besondere Arbeitsausschüsse für die Sondergebiete gebildet wurden. Die zunächst behandelten Fragen sind Richtlinien für die Anlage von Friedhöfen, für Friedhofsordnungen, für Form und Materialien der Grabanlage, für Grabmäler des Reihengräberfeldes. Industrie und Grabmalgewerbe haben den ernsten Willen ausgesprochen, ihre weitere Arbeit im Einvernehmen mit den maßgeblichen behördlichen und Künstlerkreisen zu gestalten.

Ein transportables Haus aus dem 15. Jahrhundert. Ein Haus, das im Jahre 1485 erbaut wurde, als Richard III. bei Bosworth besiegt und erschlagen wurde und als Heinrich VII. auf den Thron gelangte, wird in einem englischen Blatt zum Verkauf ausgeboten, und zwar wird es als „transportabel und überall wieder aufzubauen" bezeichnet. Das Bauwerk besitzt eine Banketthalle mit schönem Schnitzwerk, sowie verschiedene Wohn- und Schlafzimmer, eine Bibliothek und ein Frauengemach. Ein großer Teil der inneren Einrichtung stammt noch aus der Zeit vor 1500. Der Verkäufer versichert, daß sich alle Einzelheiten des Hauses, Ziegel, Fensterrahmen, Dachschiefer usw. auseinandernehmen und an einer beliebigen Stelle wieder aufbauen lassen. Vielleicht findet sich ein Amerikaner, der das Bauwerk über den Ozean verfrachten läßt, um es in der neuen Welt wieder aufzurichten.

Käfer als Nahrungsmittel. Schon zur Zeit des Plinius, so erzählt Prof. Dr. Fritz Zetolitzky-Wien in der „Koleopterologischen Rundschau", kamen auf den Luxuspeisetisch der Römer „übergroße Würmer", Cossus genannt, die mit Mehl gemästet wurden. Linné verstand darunter die Raupe des Weidenbohrers. Man hielt ihm entgegen, daß sie einen ätzenden Saft ausscheide und stinke. Diese Eigenschaft ist nach der Ansicht Zetolitzkys durchaus nicht für eine Verurteilung maßgebend; denn es gibt genug scharfe und stinkende Gewürze, die der Mensch durchaus nicht verschmäht. Andere Autoren machten aus dem „Cossus" Larven des Nashorn- und des Maikäfers. Der Kirchenvater Hieronymus beschreibt den Wurm als weiß, fett, mit schwärzlichem Kopfe. Es hat sich nach dieser Beschreibung wohl um die Larve eines Eichenbewohners aus der Familie der Bockkäfer gehandelt. Das Essen von Bockkäferlarven ist übrigens kein Privilegium des Altertums. Zetolitzky weist darauf hin, daß auf der Insel St. Thomé im Golf von Guinea die bis 10 Zentimeter lange Larve des Bockkäfers Macrotoma edulis auf den Markt gebracht und in Palmöl gekocht gegessen wird. Und auch in Brasilien gilt diese Larve als Leckerbissen. Dasselbe gilt für die Antillen und Guyana, gilt für die Insel Mauritius, für Samoa und Australien. Man kann demnach die Behauptung aufstellen, daß das Essen von Bockkäfern seit dem Altertum bis auf die Jetztzeit geübt wird. — Und wenn unserm agrarischen „Nährstande" nicht bald der Käppzaum angelegt wird, so werden auch wir in absehbarer Zeit so weit sein, daß sich jeder nicht schiebende Deutsche glücklich schätzt, wenn er Sonntags seinen Bockkäfer im Topf hat.

•

200 Millionen für ein Kino! Von den Ausmaßen und der kostbaren Einrichtung der amerikanischen Kinos (sowie von den amerikanischen Preisen) kann man sich einen kleinen Begriff machen, wenn man in der „Lichtbild-Bühne" liest, daß in Cincinnati, also immerhin einer Provinzstadt, eines der größten Kinos (nicht das größte) für 850 000 Dollars verkauft worden ist.

Flugverkehr am Kongo. Die Versuche, das Flugzeug als Transportmittel im Kongostaat einzuführen, sind sehr befriedigend ausgefallen. Der belgische Flugdienst am Kongo für das Jahr 1921 verzeichnete 800 Flüge, in denen über 100 000 Kilometer zurückgelegt wurden. Es wurden 90 Passagiere und 1500 Kilo Postsachen befördert.

Verbrecherschutz der Deutschnationalen

Wir veröffentlichen hiermit folgenden Offenen Brief eines ehemaligen Angehörigen der Organisation C. an die Mörderpartei, der keines weiteren Kommentars bedarf:

An die Deutschnationale Volkspartei!

Wenn ich diese Zeilen der Oeffentlichkeit unterbreite, so erkläre ich gleichzeitig, daß ich die volle Verantwortung für die darin behaupteten Tatsachen übernehme und bereit bin, diese Behauptungen ich vor Gericht zu verantworten.

Der deutschnationale Fraktionsführer, Staatsminister a. D. Hergt, gebraucht in dem Aufrufe an die Mitglieder seiner Partei die Worte: „Die Einigkeit unserer Partei und die Heiligkeit unserer Ziele machen es uns zur gebieterischen Pflicht, unseren Namen reinzuhalten und über die Reinhaltung unserer Partei mit allen Mitteln zu wachen." Angesichts dieser großen Geste, Herr Minister, fühle ich mich verpflichtet, die Oeffentlichkeit darüber zu unterrichten, daß die Deutschnationale Volkspartei in Wirklichkeit eine Partei ist, welche politische Verbrecher unterstützt, ja nicht davor zurückschreckt, öffentliche Aemter in straffälliger Weise zu mißbrauchen. Ich tue das selbst auf die Gefahr hin, einem „Selbstmord" oder einem „Unglücksfall" ausgeliefert zu werden, aus dem reinen Bestreben heraus, bei der Reinigung des rechtspolitischen Sumpfes meine Pflicht zu tun. Es mag sein, daß meine Bekundungen in seltsamem Kontrast zu ihrer Behauptung stehen, Ihre Partei habe mit Verbrechern und Mordbuben nichts gemein, doch es wird Ihnen schwer fallen, die restlose Wahrheit meiner Behauptungen zu widerlegen.

Nun zu den Tatsachen: Im Jahre 1919 wurde in Halle a. d. S. anläßlich der Märzunruhen der Kommunistenführer Meseberg erschossen. Der Fähnrich Aurel von Petersdorff, die Freiwilligen Fritsche, Henseling und ich wurden wegen des Verdachtes, den Mord an Meseberg begangen zu haben, am 23. März 1919 im Edenhotel zu Berlin, wo ich damals bei der Gardekavallerie-Schützendivision stand, verhaftet. Das Verfahren gegen uns mußte jedoch eingestellt werden und wurde lediglich gegen den Streifenführer Leutnant Huberti alias Roth weitergeführt, der jedoch ins Ausland, wie es heißt nach Argentinien, flüchtete. Ich selbst wurde wegen eines anderen, rein politischen Deliktes bestraft und am 21. April 1921 bedingt begnadigt. Die Mittel für unsere Verteidigung in der Angelegenheit Meseberg wurden uns von der Deutschnationalen Volkspartei durch den Rechtsanwalt Hirsch-Halle a. d. S., Rathausstraße 9, zur Verfügung gestellt. Herr Hirsch ist eingeschriebenes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und zugleich Rendant der Geheimorganisation C., die damals noch den Namen „Geheimorganisation der Gardekavallerie-Schützendivision" führte. Leiter dieser Organisation war Oberleutnant Franz, der merkwürdigerweise im Kriegsgerichtsprozeß wegen der Ermordung Karl Liebknechts und Frau Rosa Luxemburg die Würde eines Beisitzers vertrat. Nach meiner Begnadigung 1921 meldete ich mich bei der Deutschnationalen Reichstagsfraktion, wo ich von dem Herren General v. Gallwitz und Major a. D. Henning herzlich begrüßt wurde, ja man überreichte mir sogar für mich in der Fraktion gesammelte Gelder (ungefähr 500 M.). Beide lieten mir, nach München zu fahren, und mich bei Rechtsanwalt Müller zu melden, in dessen Räumen auch die Geheimorganisation C untergebracht war. Ich traf aber nicht den eigentlichen Leiter der Organisation, den inzwischen „berühmt" gewordenen Kapitänleutnant Killinger, an, sondern dessen Stellvertreter, Oberleutnant v. Kornalewski, der mich dazu überredete, der Geheimorganisation beizutreten, was ich auch tat. Nunmehr fuhr ich nach Berlin zurück und wurde von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Jandrey der Arbeitsgemeinschaft Müller zugewiesen, die damals „Landarbeit" in Pommern verrichtete, später Oberschlesien unsicher machte.

In dieser Zeit trat die Partei durch den Rechtsanwalt Hirsch in Halle a. d. S. brieflich an mich heran und forderte mich auf, ich sollte ins Ausland gehen, um die Rückkehr des in der Mordsache Meseberg flüchtigen Leutnants Huberti zu ermöglichen, d. h. dessen Schuld auf mich zu übernehmen. Falsche Papiere und Geld stünden mir zur Verfügung.

Ich hatte dazu keine Lust, als man mir aber andeutete, es könne mir von „kommunistischer Seite" nach meinem Leben getrachtet werden, ging ich scheinbar darauf ein, fuhr aber nach Schneidemühl, wo ich mich bei dem Verband nationalgesinnter Soldaten meldete. Von diesem Verbande sowie von dem dortigen Vorsitzenden der Deutschnationalen, Studienrat Dr. Böckler, wurde ich mit Geld unterstützt und zu dem Baron v. Knigge (nebenbei der Schwiegervater des vom Baltikum her berühmten Generals von der Goltz), Grunau, Kreis Flatow i. Westpr., geschickt.

Baron v. Knigge nahm mich drei Wochen lang auf und stellte mir in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher eine Reihe gefälschter Papiere (Ausweis mit Lichtbild, Invalidenkarte, Abmeldung, Arbeitsbescheinigung, polizeiliches Führungszeugnis) aus, die er mit den amtlichen Stempeln und seiner Unterschrift versah.

Diese Papiere liegen jetzt noch bei meinen Akten in der Schutzpolizei zu Recklinghausen i. W., deren Beschlagnahme inzwischen verfügt ist. Der Gutsverwalter des Barons, Fritsche, kann bezeugen, daß der Baron zu diesem Zwecke die Stempel und Vordrucke aus dem Amtszimmer holte, wobei Fritsche noch bemerkte: **„Hier kann sich mancher verstecken, der gesucht wird, hier ist alles da!"** Nachdem mir Baron v. Knigge noch 1000 M. ausgehändigt hatte, fuhr ich nach Halle a. d. S., wo ich mich zur Empfangnahme weiterer Gelder bei Rechtsanwalt Hirsch einfinden sollte. Hirsch gab mir neue 3000 M. unter der abermaligen Bedingung, ins Ausland zu gehen, um Huberti den Weg nach der Heimat freizumachen. Ich fuhr jedoch nach Berlin, wo ich mich bei dem mir schon vom Edenhotel her bekannten Hauptmann Siebert in der Neuen Kantstraße, Charlottenburg, meldete, der mir einen geschlossenen Brief übergab mit der Anweisung, mich mit diesem Briefe bei der Schutzpolizei Recklinghausen vorzustellen. Ich fuhr nach Recklinghausen und wurde sofort bei der dortigen Schutzpolizei in die erste Hundertschaft unter meinem falschen Namen und mit den von Baron v. Knigge gefälschten Papieren eingestellt. Als sich die Organisation C, vor allem Kornalewski-München, wieder an mich wandte, und Arbeit (politische Erkundigungen usw.) von mir verlangte, ging ich heimlich von Recklinghausen fort. Als ich wieder nach Berlin kam, wurde ich hier von dem Fähnrich Röder, Sohn eines Gefängnisdirektors aus Tegel oder Plötzensee, den ich von der Garde-Kavallerie-Schützendivision her kannte, wieder zu mehreren Sitzungen der Geheimorganisation geschleift, über die ich in den nächsten Tagen noch besonders berichten werde, habe aber keinerlei Aufträge mehr angenommen.

Zum Schluß möchte ich noch feststellen, daß ich nicht nur von der deutschnationalen Fraktion des Reichstages, sondern auch von der Fraktion der gleichen Partei des Preußischen Landtags durch die Vermittlung des deutschnationalen Abgeordneten für den Wahlkreis Merseburg Rektor **Louis Herrmann** (Friedersdorf) unterstützt worden bin. Dieser selbe Abgeordnete sagte mir, daß ich bei Hirsch-Halle a. d. S. noch weitere und größere Summen erhalten könne. Ferner habe ich mir im Bureau der Deutschnationalen Partei in der Bernburger Straße bei Herrn Hauptmann Schnorrenpfeil Geld abgeholt. Meine Papiere, die von Herrn Baron v. Knigge ausgestellt worden sind, tragen folgenden falschen Namen: Emil Radatus aus Krotoschin.

Sollten Sie, Herr Staatsminister Hergt, an diesen Tatsachen noch nicht Genüge finden, so bin ich gern bereit, Ihnen noch weitere Personen Ihrer Partei zu nennen, die rechtsbolschewistische Flüchtige mit Barmitteln unterstützten.

Felix Claus, Jetzt, zurzeit Berlin, ehemaliges Mitglied Nr. 341 der Organisation C.

Wir bemerken, daß alle Angaben dieses Briefes auch den zuständigen Behörden unterbreitet worden sind. Von ihnen erwarten wir restlose Nachprüfung und schonungslose Aufdeckung der Verschwörergesellschaft. Von den Deutschnationalen erwarten wir — nichts!

Demokratisierung der Verwaltung.

Das Interesse in der gestrigen Landtagssitzung, in der einzelne Etats durchberaten wurden, konzentrierte sich auf das Problem einer Demokratisierung der Verwaltung, die sich immer brennender in der Vordergrund drängt, da die rechtsbolschewistischen Mörderkreise mehr denn je zeigen, daß es ihr blutiger Ernst ist, mit der Republik aufzuräumen. Was in dieser Hinsicht der Demokrat Berendt sagte, ist durchaus zu unterschreiben. „Die Reaktionäre," so rief er aus, „wollen sich gar nicht mit dem Staat aussöhnen. Sie streben vielmehr auf die Wiederaufrichtung einer neuen reaktionären Klassenherrschaft hin. Es geht um die ganze Zukunft des deutschen Volkes und darum kann nur ein rücksichtsloses Vorschreiten auch gegenüber den reaktionären Beamten, die sich an der Republik vergehen, empfohlen werden." Wie stark die Gefahr ist, die in dieser Richtung aus dem Lager der Reaktionäre kommen kann, wies unser Swinemünder Genosse König in trefflichen Ausführungen nach. „Es ist Tatsache," so sagt er, „daß in der Verwaltung mindestens 75 bis 80 Proz. Monarchisten tätig sind, die gegen den Staat Stellung nehmen. Die Feinde der Republik müssen aus allen Stellen der Verwaltung beseitigt werden." Wie wahr es ist, wenn er weiter ausführte, daß das Fundament der Republik die Arbeiterschaft ist, ohne die sie längst nicht mehr lebte, das hat der Kapp-Putsch bewiesen und das bewiesen auch gestern wieder die Demonstrationen im Deutschen Reiche, die in einer mustergültigen Ordnung und in einer straffen Disziplini verliefen, von einer Ausnahme abgesehen.

Unverständlich war es, wenn Finanzminister v. Richter gerade diesen Augenblick für gelegen hielt, vor einer zu weitgehenden Politisierung der Verwaltungsbeamten zu warnen, und es ist zu verstehen, wenn das die Linke des Hauses erregte. Gewiß ist es berechtigt, wenn der Herr Finanzminister die Geschäfte von einem Stab sachverständiger Beamter geführt zu sehen wünscht, aber was nützt ein solcher Generalstab, wenn er seine Aufgaben in einem Sinne durchführt, der das strikte Gegenteil dessen ist, was der deutschen Republik dient. Herr v. Richter hat unseren Abgeordneten Lüdemann gründlich mißverstanden, wenn er der Sozialdemokratie unterstellen zu können glaubt, daß sie sich mit Beamten begnüge, die jetzt unter diesen Umständen ihre Pflicht für den Staat tun, gleichgültig wie sie persönlich zum Staat stehen. Mit solchen lauen Parolen ist es heute nicht mehr abgetan. Heute heißt es: Monarchie oder demokratische Republik. Ein Drittes gibt es nicht.

Heinrich der Mutige.

Travemünde, 28. Juni. (TU.) Nach einer hier stattgefundenen Demonstration zogen die Demonstranten vor die im Hafen liegende Yacht „Anesha" des Prinzen Heinrich, der an der Travemünder Woche teilnimmt. Eine Abordnung forderte den Prinzen, der sich an Bord befand, auf, die schwarzweißrote Flagge, die er im Top führte, herunterzuholen, was der Prinz aber verweigerte. Erst als ein Schupobeamter erschien und den Prinzen aufforderte, die Flagge herunterzuholen, um Zwischenfälle zu vermeiden, und dieser diesem Wunsch sofort nachkam, beruhigte sich die Menge und zog ab.

Wenn der Volkszorn überschäumt.

Hamburg, 28. Juni. (WTB.) In Elmshorn drangen gestern nach Beendigung der Demonstration einige junge Leute, die durch das Verhalten einer Anzahl Schüler herausgefordert worden sein sollen, in die Bismarckschule und in das Lyzeum ein, rissen dort die Bilder von Heerführern und andere Gemälde von den Wänden, vernichteten sie und warfen sie aus dem Fenster. Aus dem Lyzeum wurden zwei schwarzweißrote Fahnen herausgeholt und zerrissen. Andere drangen in das Privatkontor des Verlegers der „Elmshorner Nachrichten" ein und verlangten die Herausgabe von Kaiserbildern, die zerrissen und auf die Straße geworfen wurden. Außerdem wurde das Personal einiger Banken gezwungen, die Geschäftsräume zu verlassen. Geschäftsinhaber wurden veranlaßt, ihre Geschäfte zu schließen.

Darmstadt, 28. Juni. (WTB.) Der bei den gestrigen Ausschreitungen schwerverletzte Abg. Dr. Dingeldey befindet sich auf dem Wege der Besserung, Dr. Orsann konnte sich retten.

Worms, 28. Juni. (WTB.) Gestern nachmittag setzte sich im Anschluß an die Demonstration ein Zug nach der „Wormser Zeitung" und nach der Wohnung des verantwortlichen Schriftleiters in Bewegung, um diesem die Mißbilligung des Artikels „Wer sind die Mörder?" auszusprechen. Unter den Zurufen einer tausendköpfigen Menschenmenge und unter der Versicherung einer Abordnung, daß dies die einzige Möglichkeit sei, eine Beschädigung des Betriebes zu verhüten, wurde die Schriftleitung veranlaßt, eine Erklärung abzugeben, daß sie den am Montag abend erschienenen Artikel widerrufe und zurücknehme. Inzwischen drang eine Anzahl Demonstranten in den Betrieb ein, beschädigte die Setzmaschinen, schlug eine Anzahl Stühle zusammen und warf den im Setzersaale stehenden Satz durcheinander.

Frankfurt a. M., 28. Juni. (WTB.) Wie die „Frankf. Ztg." aus Heidelberg meldet, ereignete sich dort gestern nachmittag ein ernster Zwischenfall, als der Nobelpreisträger Geheimrat Lenard gegen die Anordnung des Rektors im Radiologischen Institut der Universität seine Vorlesung hielt. Andrängende Arbeitermassen wurden aus Hydranten bespritzt und von Studenten mit Steinen beworfen. Als Geheimrat Lenard nebst einigen Studenten verhaftet war, drängten ihnen die Arbeitermassen über die Neuenheimer Brücke nach und drohten sie in den Neckar zu werfen. Die Verhafteten wurden in das Gewerkschaftshaus und dann in das Gerichtsgefängnis gebracht. Erst gegen 10 Uhr abends verliefen sich die Massen vor dem Gefängnistor.

Löbau (Sachsen), 28. Juni. (WTB.) Bei den gestrigen Kundgebungen drang die Menge in das Grundstück des „Sächsischen Postillon" und suchte den Verleger und verantwortlichen Schriftleiter Witte, den sie schließlich ausfindig machte. Als Witte einen Schreckschuß abgab, fiel die Menge über ihn her, wobei Witte eine Kopfverletzung davontrug. Witte wurde dann auf einem Wegen durch die Straßen gefahren, bis er im Amtsgericht Aufnahme fand.

Nordheim, 28. Juni. (TU.) Hier zog eine große Anzahl Demonstranten zum Gesundbrunnen, um die vom Jungdeutschen Orden veranstaltete Aufführung der „Hermannsschlacht" zu unterbinden. Hierbei kam es zu wüsten Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und den Ordensbrüdern, wobei auch das Hotel „Zur Sonne" schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Sozialpolitik im Reichstage.

Die Reichstagssitzung am Mittwoch mittag eröffnete Präsident Löbe mit folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren! Nach der Trauerversammlung, die wir hier gestern abgehalten haben und nach der großen Kundgebung, die gestern in Berlin stattgefunden hat, haben durch ein schreckliches Eisenbahnunglück 29 Berliner Bürger, darunter zwei Frauen, ihr Leben verloren, und fast die doppelte Anzahl von Personen ist schwer verletzt worden. Ein schweres Unheil ist dem anderen gefolgt, und wir haben weitere Menschenverluste zu beklagen. Den von dem furchtbaren Unglück betroffenen Familien spreche ich das Beileid des Hauses aus.

Das Haus hatte sich bei den Worten des Präsidenten von seinen Plätzen erhoben.

Der Nachtragshaushalt, der die Teuerungszulage für die Beamten um 40 Proz. erhöht, wird mit einer Entschließung angenommen, bei der nächsten Erhöhung der Teuerungszulagen auch die sozialen Zulagen auszubauen; angenommen werden die Gesetze über Neuregelung der statistischen Gebühr und Geltungsdauer des Gesetzes über vorübergehende Herabsetzung oder Aufhebung von Zöllen bis zum 30. Juni 1923; das Gesetz über die Erklärungen der deutschen und polnischen Regierung zu dem

Genfer Abkommen über Oberschlesien,

nach welchem Polen deutsche Gesetze in Kraft beläßt, sich nur auf solche Gesetze bezieht, deren Gültigerhaltung Gegenstand der Entscheidung der Interalliierten Kommission gewesen ist und die im Amtsblatt verkündet worden sind; ebenso das deutsch-polnische Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs. Gegen die dritte Lesung erheben die Deutschnationalen zwar keinen Widerspruch, stellen aber fest, daß es ihnen nicht möglich war, den Gesetzentwurf eingehend zu prüfen. Darauf wird auch die dritte Lesung erledigt. Nachdem auch das deutsch-polnische Abkommen über das berg- und hüttenfiskalische Eigentum in Polnisch-Oberschlesien verabschiedet ist, folgte die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über

die Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau.

Nach den Ausschußbeschlüssen soll diese Vorlage auf alle Bergwerke ausgedehnt werden und bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung in Kraft bleiben. Die Schichtzeit unter Tage soll vom Betreten des Förderkorbes oder Stollenmundloches bei der Einfahrt bis zum Verlassen des Förderkorbes oder Stollenmundloches bei der Ausfahrt berechnet werden. Als tägliche Arbeitszeit gilt die am 1. Oktober 1921 in den Tarifverträgen festgesetzte Schichtzeit. Durch einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag können Ueberstunden über diese Zeit hinaus gemacht werden. Für Betriebspunkte mit über 28 Grad Wärme ist in den Tarifverträgen eine Kürzung der Arbeitszeit zu vereinbaren.

Abg. **Stöcker** (Komm.) befürwortet einige Abänderungsanträge, u. a., daß auch die Salinen einbegriffen werden, die tägliche Arbeitszeit auf sieben Stunden festgesetzt wird, die sich in Betriebspunkten mit über 25 bis 30 Grad auf sechs Stunden, für noch wärmere Betriebspunkte auf fünf Stunden und bei über 34 Grad auf vier Stunden ermäßigen soll, weiter Verbot der Beschäftigung Jugendlicher bis zu 18 Jahren unter Tag.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** wendet sich gegen diese Anträge. Die Salinen unter Tag werden sowieso zu den Bergwerken gerechnet. Die allgemeine Festlegung der siebenstündigen Schicht würde die Produktion beträchtlich vermindern, ebenso ein Verbot der Jugendarbeit. Die Vorlage beruhe auf weitgehendem Einverständnis der Parteien im Ausschuß. Auch die Unabhängigen hätten daran mitgearbeitet, wofür der Minister ihnen dankbar ist.

Abg. **Piper** (U. Soz.): Trotz der Ausschußbeschlüsse kann uns der Entwurf nicht befriedigen. Wir stimmen aber dennoch für ihn, weil es zunächst nur ein Notgesetz ist. Die Begründung läßt allerdings keinen Zweifel darüber, daß es sich um einen Köder für Ueberschichten handelt, aber die Bergarbeiter verlangen mit Recht, daß zunächst ihre berechtigten Forderungen erfüllt werden, insbesondere das Versprechen der Regierung, den Bergbau zu sozialisieren.

Arbeitsminister Dr. **Brauns** wendet sich gegen die Bezeichnung der Vorlage als einen Köder und sagt, die Regierung wolle mit diesem Gesetz den Bergarbeitern die Befürchtung nehmen, daß mit der Leistung von Ueberschichten der Achtstundentag wieder eingeführt werden soll.

Abg. Jansch eck (Soz.)

erklärt für seine Fraktion, daß sie für den Antrag der Kommunisten auf Beschränkung der Arbeitszeit auf 7 Stunden stimmen werde. Gegenüber der Aufforderung der Kommunisten, aus der Arbeitsgemeinschaft auszutreten, wies er darauf hin, daß ein solcher Beschluß Sache der zuständigen gewerkschaftlichen Organisation sei.

Unter Ablehnung der kommunistischen Abänderungsanträge wird der Gesetzentwurf angenommen mit einer Entschließung des Ausschusses auf Erhebungen über die Arbeitszeit der Angestellten im Bergbau und gesetzliche Regelung ihrer Arbeitszeit.

Es folgt das

Arbeitsnachweis-Gesetz.

Es sieht im wesentlichen den Zwang zur Errichtung von Arbeitsnachweisen mit paritätisch zusammengesetzten Verwaltungsausschüssen, ferner Landesämter und ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung vor. Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich. Die Kosten tragen für die Arbeitsnachweise die Gemeinden, für die Landesämter die Länder und für das Reichsamt das Reich. Für die Arbeitgeber ist die Pflicht zur Anmeldung offener Stellen vorgesehen. Die Bestimmung, wonach private gewerbsmäßige Stellenvermittlungen ab 1. Januar 1931 verboten werden, wurde vom Ausschuß dahin gemildert, daß von diesem Zeitpunkt ab private Stellenvermittlungen nicht mehr genehmigt werden dürfen. Die nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise sollen bestehen bleiben, haben sich aber den Gesetzesbestimmungen und der Aufsicht der Landesämter zu unterwerfen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

gibt einen Ueberblick über die geschichtliche Entwicklung der Arbeitsnachweise und weist dann Angriffe auf den Gesetzentwurf zurück. Unbegründet sei der Vorwurf, es müßten 3000 neue Aemter und ein Heer von Beamten geschaffen werden. Die Organisation ist bereits lange vorhanden, soll aber jetzt auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Die bestehenden Arbeitsnachweise werden eher vermindert als vermehrt. Dem Gedanken der wirtschaftlichen und sozialen Selbstverwaltung wird in weitestem Umfange dadurch Rechnung getragen, daß Arbeitgebern und Arbeitnehmern entscheidender Einfluß auf die Geschäftsführung gewährt wird.

Die Zersplitterung der Arbeiterschaft

hat es verhindert, daß das Gesetz eine zweckmäßigere und planmäßigere Gestaltung erhielt. Den Sonderarbeitsnachweisen wird Einheitlichkeit ihrer Arbeit gesichert. Die Unparteilichkeit aller Arbeitsnachweise ist, soweit überhaupt möglich, garantiert. Das Gesetz garantiert insbesondere für die Zeiten wirtschaftlicher Krisen einen größeren Einfluß der Arbeitsnachweise auf die Erfassung der Arbeitsgelegenheiten. In bezug auf die gewerbsmäßige Stellenvermittlung scheint die Wiederherstellung der Regierungsvorlage dringend notwendig, um die gewerbsmäßige Stellenvermittlung in absehbarer Zeit gänzlich zu beseitigen. Von allergrößtem Wert ist, daß die Finanzierung auf eine sichere Grundlage gestellt ist. Das ist um so wichtiger, als ein großer Teil der Arbeitsnachweise vor dem finanziellen Zusammenbruch steht. Zur vollen Wirkung wird das Gesetz aber erst im Zusammenhang mit der Arbeitslosenversicherung kommen. Die Arbeitsnachweise müssen gesichert sein, um die Arbeitslosenversicherung überhaupt möglich zu machen und daher ist die Annahme des Gesetzes dringend notwendig.

Abg. Kaiser (Soz.):

Mit der Regierungsvorlage war meine Fraktion ebenso wie ein Teil der Unabhängigen einverstanden. Auf die Ausschußfassung

trifft das aber nicht mehr zu. Unverständlich bleibt uns, daß die Hirsch-Dunckerschen der Vorlage mit so großem Mißtrauen gegenüberstehen und daß insbesondere die Christlichen ihren eigenen Minister im Stiche lassen. Die freien Gewerkschaften haben, das zeigt ihre Geschichte, niemals ihre Macht einseitig ausgenutzt. Darum ist es auch unbegründet, zu fürchten, daß eine gesetzliche Monopolisierung des Arbeitsnachweises den freien Gewerkschaften zum Schaden der anderen ein starkes Machtinstrument in die Hände gibt. Die freien Gewerkschaften wollen den Arbeitsnachweis dem politischen Kampfe entziehen und fordern daher die Zusammenfassung in öffentlichen Arbeitsnachweisen. Leider haben unsere Hinweise darauf, daß durch die Zulassung privater Arbeitsnachweise, die zumeist

politische Maßregelungsbureaus der Unternehmer

darstellen und den Wirtschaftsfrieden gefährden, keinen Erfolg gehabt. Die gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise müssen so schnell wie nur irgend möglich verschwinden, ebenso alle nichtöffentlichen Nachweise, die nicht gewerbsmäßig betrieben werden. Wir müssen verlangen, daß entsprechend der Regierungsvorlage die zuletzt genannten Arbeitsnachweise innerhalb zwei Jahren aufgelöst werden, wenn sie es nicht vorziehen, im öffentlichen Arbeitsnachweis aufzugehen. Die Wiederherstellung der Regierungsvorlage fordern wir mit dem Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung nicht erst ab 1. Januar 1931, sondern bereits ab 1. Januar 1925. Ferner verlangen wir, daß die Angestellten der Arbeitsnachweise durch privatrechtlichen Dienstvertrag auf Grund einer Dienstordnung anzustellen sind. Wenn Sie ein Gesetz machen, von dem nur die Arbeitgeber Gebrauch machen können, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn der Arbeitsnachweis nicht funktioniert. Der Ausschuß will die Machtbefugnisse in die Hände der obersten Landesbehörden legen, die wiederum für offene Arbeitsplätze den Arbeitgebern die Anmeldepflicht auferlegen können. Wir haben aber

kein Vertrauen

dazu, wie etwa in Bayern und anderen Ländern diese Befugnis gehandhabt wird. Nach § 51 soll die Anmeldepflicht sich nicht auf die Landwirtschaft und Hauswirtschaft erstrecken und auch Betriebe unter 5 Arbeitnehmern sollen davon befreit sein. Wir beantragen Anmeldepflicht für alle Arbeitnehmer und ausschließliche Besetzung der Arbeitsplätze durch die Vermittlung der Arbeitsnachweise. Die Regierungsvorlage ist durch den Ausschuß wesentlich verschlechtert worden, und wir werden unsere endgültige Stellungnahme von den Beschlüssen des Reichstags in zweiter Lesung abhängig machen. Wird an den Ausschußbeschlüssen festgehalten, dann müssen wir das Gesetz ablehnen.

Abg. **Aufhäuser** (U. Soz.) wendet sich scharf gegen die Ausschußbeschlüsse.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns** bestreitet, daß die Vorlage dem allgemeinen Kurs der Regierung widerspreche.

Nach weiteren Reden der Sozialreaktionäre rechts und der Kommunisten wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem Getreideumlage. Schluß 8 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Die Tat.

In den letzten Tagen sind uns von den Organisationen der Beamten, Arbeiter und Angestellten eine Fülle von Entschließungen zugegangen, wovon wir nur einen Teil auszugsweise wiedergeben konnten. Außer diesen Entschließungen gehen uns noch fortgesetzt solche der Betriebsräte der großen Industriewerke zu. Hierzu sind noch zu rechnen die zahlreichen Deputationen, die von den Betrieben in den Reichstag entsandt werden, um der Volksvertretung und der Regierung die Forderungen und Wünsche der Arbeitenden zu unterbreiten. Auch hiervon war es uns nicht möglich, in dem Maße, in dem wir es selbst gewünscht hätten, der Oeffentlichkeit Kenntnis zu geben. Wir stellen nur mit Genugtuung fest, daß die Rechnung der Mörderreaktion, durch Terrorakte die Arbeiter und Republikaner einzuschüchtern, eine falsche Rechnung war und daß nichts der Reaktion mehr schaden und der Entwicklung zur sozialen Republik mehr nützen konnte als gerade diese Terrorakte, die auch den ruhigsten und gleichgültigsten Bürger zur Empörung treiben müssen.

So erfreulich die Aufrüttelung der Massen ist, so müssen wir dabei den Organisationen und Betriebsräten, die diese Entschließungen fassen, oder Deputationen in den Reichstag oder zu den Spitzenorganisationen schicken, einiges zu bedenken geben.

Der Zweck dieser Deputationen und Entschließungen ist zweifellos, den Spitzenorganisationen, dem Parlament und der Regierung „das Gewissen zu schärfen", sie zu energischer Tat anzuspornen. Aber durch nichts werden unsere Genossen in den Organisationen, im Parlament und in der Regierung gerade jetzt, wo schnelles und entschlossenes Durchgreifen notwendiger als je ist, mehr an der Arbeit behindert, als gerade durch den Empfang jener Organisationen. Sie sind nicht allein zeitraubend. Sie lassen meist auf Seite der Deputationen und deren Auftraggeber ein Gefühl der Enttäuschung zurück. Sie fühlen sich als lästige Bittsteller schnell abgefertigt, während es gerade die Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der Arbeiter ist, die unsere Genossen an verantwortlicher Stelle zwingen, sich möglichst schnell aller Störungen bei dieser Arbeit zu entledigen.

Man versetze sich doch einmal in die Lage von Arbeitern, die mehrmals am Tage die Arbeit einstellen müßten, um die gutgemeinten Reden von Leuten anzuhören, die ihnen auseinandersetzen, daß nur intensive Arbeit uns retten könne. Die Arbeiter würden diese Moralprediger schnell zum Teufel jagen.

Von den Kommunisten ist ein derartiges Vorgehen durchaus begreiflich. Sie pfeifen auf die parlamentarische Arbeit. Deshalb ist es durchaus begreiflich, daß man bei diesen Deputationen sehr häufig als Führer Kommunisten, oder Leute, die es zu sein glauben, findet, die fordern, was sie ablehnen selbst zu tun.

Alle die Arbeiter, Beamten, Angestellten, alle die empörten Republikaner haben auch ohne solche Deputationen und papierenen Beschlüsse in größtem Maße Gelegenheit, ihren Gefühlen Ausdruck zu geben und ihre Forderungen zu verwirklichen und zwar in unendlich wirksamerer Weise als durch Handaufheben bei einer Abstimmung. Sie brauchen nur täglich in ihren Bekanntenkreisen, wo immer sie auch sind, die Sache des Sozialismus und der Republik zu verteidigen. Sie brauchen weiter nichts zu tun, als ihre Gewerkschaftsversammlungen regelmäßig zu besuchen und dort darüber zu wachen, daß die fähigen Gewerkschafter nicht durch Maulhelden an die Wand gedrückt werden. Sie brauchen nur dafür zu sorgen, daß statt der bürgerlichen Presse die sozialistische Presse verbreitet und gelesen wird. Es gibt noch genug neue Abonnenten für den „Vorwärts" zu werben.

Und schließlich ist nicht zu vergessen, daß, wer politisch wirken will, sich zunächst der Sozialdemokratischen Partei anschließen muß. Da ist der Platz, wo er wirksam dafür eintreten kann, daß ein neuer Zug in unser politisches Leben kommt. Papierene Entschließungen, und wenn sie noch so radikal gehalten sind — und manche, die uns zuging, war in dieser Beziehung sehr unglücklich redigiert — tun es nicht, tun nichts. Nur wer sich selbst betätigt, Tag für Tag, der allein vollbringt wirklich, was diese Entschließungen von anderen fordern: die Tat.

Kampfstimmung der Berliner Buchdrucker.

Die Kurzsichtigkeit der Buchdruckunternehmer hat dahin geführt, daß das seit nunmehr 26 Jahren bestehende Tarifgebäude in seinen Grundfesten zu erschüttern droht. In zentralen Verhandlungen waren sie im Monat Juni nicht zu bewegen und beginnen diese erst am 11. Juli in Leipzig. In Gehilfenkreisen besteht wegen des späten Verhandlungstermins eine große Erregung, die in der Berliner Generalversammlung gestern abend zur Entladung kam. Mehrere Anträge und Resolutionen wurden eingereicht, die sich alle scharf gegen die Unternehmer wandten und eine sofortige Linderung der Notlage der Kollegenschaft forderten. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den Unternehmern sofort eine Lohnforderung in Höhe von 300 M. pro Woche zu unterbreiten. — Ueber das Ergebnis der Verhandlungen soll einer Vertrauensmänner-Versammlung Sonnabendvormittag 8½ Uhr im Gewerkschaftshaus Bericht erstattet werden. Sollte ein früherer Termin möglich sein, so erfolgt Bekanntgabe durch Inserat in den Arbeiterblättern.

•

Stillstand bei Scherl.

Im Betriebe August Scherl G. m. b. H. ist eine Lohnforderung von 300 M. eingereicht worden, von denen bis zu 50 Proz. auf eintretende tarifliche Regelung angerechnet werden könnten. Auf diese Forderungen erteilte die Geschäftsleitung an die Belegschaft bis zur festgesetzten Frist — Mittwoch früh — keinen Bescheid. Die Belegschaft sah sich daher gezwungen, Mittwoch früh in einer Betriebsversammlung hierzu Stellung zu nehmen. Gleichzeitig wurde auch eine Forderung mit eingereicht, die besagte: „Mit Rücksicht darauf, daß der „Berliner Lokal-Anzeiger" in seinen sämtlichen Ausgaben nach dem Mord an dem Minister Rathenau ebenfalls diese Tat als ruchlos und verabscheuungswürdig bezeichnet hat, ist die Geschäftsleitung auch moralisch verpflichtet, dem Personal die durch den Proteststreik verlustig gegangenen Stunden zu bezahlen." Auch hierauf wurde kein Bescheid erteilt, und so faßte die Belegschaft einstimmig in der genannten Betriebsversammlung den Beschluß, mit der Arbeitsaufnahme solange zu warten, bis die Geschäftsleitung bereit ist, die Generalstreikstunden zu bezahlen und in eine befriedigende Verhandlung über den geforderten Betrag von 300 M. einzutreten. Die Bezahlung der Generalstreikstunden wurde darauf nur bedingt zugebilligt und in betreff der 300 M. kein Zugeständnis gemacht, so daß die Arbeitsaufnahme verweigert wurde.

Lohnregelung der Elbeschiffer.

Vom Deutschen Verkehrsbund wird uns mitgeteilt:

Die Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien haben auf nachfolgender Grundlage zu einer Verständigung geführt. Der Wochenlohn wird um 254 M. bis 306 M. erhöht und beträgt:

	vom 2. bis 29. Juli	vom 30. Juli bis 12. August
Kapitäne und leitende Maschinisten . .	1 270 M.	1 320 M.
1. Dampfersteuerleute u. 2. Maschinisten	1 230 „	1 280 „
2. „ „ 1. Heizer . .	1 190 „	1 240 „
Kahnsteuerleute	1 230 „	1 280 „
Deckleute und Heizer	1 150 „	1 200 „
Schiffsjungen im 1. Jahr (14—16 Jahre)	354 „	375 „
„ „ 2. „ (15—17 „)	453 „	475 „
„ „ 3. „ (16—18 „)	650 „	675 „
Ueberstunden:		
Kapitäne und Maschinisten . . . p. St.	82 „	88 „
Steuerleute, Deckleute und Heizer . .	81 „	83 „
Schiffsjungen	15 „	16 „

Die Schiffsbesatzungen werden ersucht, die Durchführung dieses Abkommens zu überwachen.

Zum Lohnkampf im Gasthausgewerbe.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns geschrieben:

In einem Teil der Presse wurde in den letzten Tagen von einem bevorstehenden Kellnerstreik geschrieben. Es scheint die Absicht der Arbeitgeber im Gastwirtsgewerbe zu sein, dem Publikum einen Kellnerstreik zu suggerieren. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß, wenn von einem solchen Kampf gesprochen wird, nur von einem Kampf der gesamten gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer die Rede sein kann. Zu den im Lohnkampf sich befindlichen Gruppen gehören u. a. kaufmännische Angestellte, Kellner, Köche, männliches und weibliches Hilfspersonal im Gastwirtsgewerbe, Musiker, Heizer und Maschinisten und Handwerker aller Art. Die Gefahr eines solchen Kampfes ist keineswegs abgewendet. Die Arbeitgeber stehen nach wie vor auf dem eigentümlichen Standpunkt, direkte Verhandlungen abzulehnen. Sie wollen ein Schiedsgericht anrufen, dem die Arbeitnehmer zum mindesten sehr skeptisch gegenüberstehen. Bei den Arbeitgebern sind Kräfte am Werk, die es zu einem Kampf treiben wollen, die immer neues Oel ins Feuer gießen. Nicht allein, daß man die Vertreter der Arbeitnehmer provoziert und beleidigt, versuchen die Arbeitgeber nunmehr den Spieß umzudrehen und von Beleidigungen seitens der Arbeitnehmer zu sprechen. Die Anmaßung der Arbeitgeber im Gastwirtsgewerbe geht sogar soweit, den Arbeitnehmervertretern in schulmeisterlichem Ton Vorhaltungen über die von den Arbeitnehmern beliebte Art der Verhandlungen zu machen. Wenn nicht die vernünftigen Elemente bei den Arbeitgebern die Oberhand gewinnen, sind weitere Komplikationen nicht ausgeschlossen. Am Donnerstag, nachts bzw. nachmittags, werden vier große Versammlungen der Arbeitnehmer zu der augenblicklichen Situation Stellung nehmen.

Vom Frankfurter Technikerstreik.

In drei Versammlungen beschäftigten sich die Techniker und Werkmeister mit der Frage der Fortsetzung des Streiks. Man war der Ansicht, den Streik unter allen Umständen weiterzuführen, auch dann, wenn eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Demobilmachungskommissar erfolgen sollte. Gegenwärtig streiken 2100 Techniker und Werkmeister. Durch die Stillegung der Betriebe sind bis jetzt über 18 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen worden und zwar 15 000 Metallarbeiter, 3000 Fabrikarbeiter 800 Arbeiter der chemischen Industrie. Die Funktionäre des deutschen Metallarbeiterverbandes sprachen ihre wärmste Sympathie für die Streikenden aus.

Achtung! Buchbinderverband! Bei der Urabstimmung über die Erhöhung der Lokalbeiträge ist diese abgelehnt worden. Für „Ja" wurden abgegeben 4344 Stimmen und für „Nein" 6290 Stimmen. Es treten somit vom 1. Juli folgende Beiträge in Kraft: Lehrlingsklasse 1,50 Mk., 2. Klasse 7,20 Mk., 3. Klasse 11,50 Mk., 4. Klasse 16,30 Mk., 5. Klasse 20,50 Mk. Diese Beiträge sind von der 27. Woche ab zu zahlen. Es ist im eigenen Interesse eines jeden einzelnen streng darauf zu achten, evtl. Restwochen sobald wie möglich nachzuzahlen, weil sonst Restwochen mit den höheren Beiträgen beglichen werden müssen. Die Ortsverwaltung.

Jalousiearbeiter! Die Branche der Jalousiearbeiter steht in einer Lohnbewegung. Die Arbeiter der Firmen, die die Forderungen bewilligt haben, erhalten von der Branchenleitung eine weiße Ausweiskarte. Die Jalousiearbeiter der Firma Freese, Berlin-Niederschönhausen, Blankenburger Str. 27, sind Arbeitswillige. Wir ersuchen die Bauarbeiter, dieses besonders zu beachten.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Der italienische Metallarbeiterstreik.

Nach den gescheiterten Vermittlungsversuchen der Regierung hat am Montag in ganz Italien der Generalstreik der Metallarbeiter begonnen. Nach den uns vorliegenden Meldungen aus Rom, Mailand, Turin, Genua und Triest ist der Streik überall mit großer Disziplin durchgeführt. Die Arbeit ruht vollständig. Nur in Brescia und einigen kleinen Industriezentren wird teilweise gearbeitet. Der Arbeitsminister de la Barba erklärte, trotz des Ausbruchs des Landesstreiks der Metallarbeiter habe er noch alle Hoffnung auf eine Beilegung dieser Bewegung. Durch seine Bemühungen habe er jetzt die Wiederaufnahme der Verständigungsverhandlungen in Mailand erwirkt, wo am Montag eine Aussprache zwischen den Industriellen und den Arbeitersekretären stattfindet.

Vom amerikanischen Bergarbeiterstreik. Der Präsident der amerikanischen Gewerkschaften John Lewis und der Staatssekretär für öffentliche Arbeiten frühstückten gestern mit dem Präsidenten Harding und erörterten den amerikanischen Bergarbeiterstreik. Lewis erklärte, daß die Bergarbeiter es ablehnen würden, mit den Unternehmern zu konferieren, wenn nicht vorher eine Grundlage für die Lohnzahlungen geschaffen würde. Sollte der Bergarbeiterstreik nicht bald beigelegt werden, so würde das Land in eine schwierige Lage geraten, denn die Eisenbahnen wären nicht imstande, sich die für den kommenden Winter notwendigen Kohlen zu beschaffen. Eine rasche Beilegung des Konflikt sei daher notwendig. Später hatten Staatssekretär Hoover und Präsident Harding eine Unterredung, über deren Inhalt jedoch bisher nichts veröffentlicht worden ist.

Deutscher Hutarbeiterverband. Am Donnerstag, abends 5½ Uhr, Versammlung der Damenstroh- und Reparaturbetriebe bei Wilke, Sebastianstraße 39.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Donnerstag vier große allgemeine Mitgliederversammlungen. Nachmittags 5 Uhr: Sophien-Säle, Sophienstr. 17/18; nachts 1 Uhr: Residenz-Festsäle, Landsberger Straße 31; Arminhallen, Kommandantenstr. 58; Augusta-Viktoria-Säle, Lutherstraße 31/32.

Deutscher Transportarbeiterverband. Gruppe Oel und Fette: Gruppenversammlung Donnerstag abend 7 Uhr in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39. Tagesordnung: Bericht über unsere Lohnverhandlungen vor dem Demobilmachungskommissar und Beschlußfassung über Streik oder nicht Streik. — Branche 5 (Textilgroßhandel). Betriebsräte und Funktionäre aus dem Textilgroßhandel: Donnerstag nachm. 5 Uhr in der Schulaula, Hinter der Garnisonkirche (Neue Friedrichstraße), Sitzung obengenannter Funktionäre. — Textilbranche, Handelshilfsarbeiter und -arbeiterinnen, Kutscher aus den Polsterwarenhandlungen und Tapezierwerkstätten: Freitag abend 6 Uhr bei Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt zu diesen Versammlungen.

Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller. Donnerstag abend 7 Uhr Fortsetzung der Generalversammlung bei Boeker, Weberstr. 17. — Freitag abend ½5 Uhr Versammlung aller in der Lederwarenbranche beschäftigten Kollegen in der Königsbank, Große Frankfurter Str. 117. Die in der Branche beschäftigten Buchbinder haben ebenfalls zu erscheinen. Pünktliches Erscheinen erwünscht, da der Saal um 7 Uhr geräumt werden muß.

Verband der Maler, Lackierer-Sektion. Lackierer! Freitag abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Sektionsversammlung. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen der Kollegen sämtlicher Branchen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Album-, Mappen- und Galanteriewarenbranche: Die am Dienstag abgesagte, gemeinsam mit den Sattlern und Portefeuillern angesetzte Branchenversammlung findet am Freitag nachmittag 5 Uhr in der Königsbank, Große Frankfurter Str. 117, statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den eingereichten Forderungen für die Verhandlungen am 4. und 5. Juni in Frankfurt a. Main.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Freitag abend 7 Uhr Branchenversammlung der Gruppe Gemeindearbeiter im Restaurant von Schulz, Berlin, Elisabethstr. 30. Wichtige Tagesordnung, deshalb Erscheinen dringend notwendig.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Rühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu eine Beilage und Unterhaltungsbeilage „Heimwelt".

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat

Süsse Kirschen ..... Pfund 3.25
Rhabarber ..... Pfund 50 Pf.
Corned beef Pfund 30.00
Rotwurst ..... Pfund 45.00
Landleberwurst ..... Pfund 45.00
Bauernmettwurst grobe Pfd. 58.00
Salat ..... Kopf von 50 Pf. an
Schnittlauch ..... Bund 75 Pf.
Möhren ..... Bund 4.95
Schlangengurken Stück v. 7.50 an

Weinbrand-Verschnitt ** ½ Fl. 37.50 1/1 Fl. 67.50
Deutscher Weinbrand *** ½ Fl. 42.50 1/1 Fl. 78.50

Leipziger Str. Fleisch Alexanderpl.

Kalbsrücken frisch ..... Pfund 36.00
Kalbskamm u. Brust frisch Pfd. 38.00
Kalbskeulen frisch ..... Pfund 40.00
Rindfleisch ohne Knochen, gefroren ..... Pfund 38.00
Hammelrücken gefroren Pfund 28.00
Hammelblatt gefroren Pfund 30.00
Schweinenieren gefroren Pfund 11.00

Verkauf nur soweit Vorrat

Neue Kartoffeln ..... Pfund 8.00
Matjes-Heringe ..... Stück 5.75
Stachelbeeren Pfund 7.00
Blaubeeren ..... Pfund 12.75
Grüne Schoten ..... Pfund 8.00
Seeladis (Nordsee), im ganzen, ohne Kopf ... Pfund 12.50
Kaninchen gefroren Pfund 13.50
Rehblätter ..... Pfund 44.00
Camembert Vollfett .. Schachtel 12.75
Weisser Käse ..... Pfund 13.00

1920er Partenheim. Geiersberg 1/1 Flasche 22.50
Montagna-Rotwein ..... 1/1 Flasche 32.50

Preise ohne Flasche | Rackles Export-Apfelwein ½ Fl. 12.50 | Himbeer-, Johannisbeer-, Kirschsaft mit Raffinade eingekocht ½ Fl. 35.00 1/1 Fl. 62.50 | Johannisbeerwein ½ Fl. 25.00 | 20 % Steuerzuschlag auf Wein

Die Todesfahrt auf dem Trittbrett.

An der Stätte des Eisenbahnunglücks auf dem Nordring.

Eingerahmt von hohen Häusern mit langweiligen Fronten, echte Mietskasernen, übertost von dem Donnern der Hochbahn, die dort ihre Endhaltestelle hat, liegt die Stätte der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe vom 27. Juni. Das Gitter der Dänenstraße ist besetzt von Frauen und Männern, die in eifrigem Gespräch auf die Stelle weisen, an der die zerrissenen und von den Rädern der Bahn zermalmten Körper lagen. Auf den Balkons der Häuser stehen Menschen und erklären neugierigen Besuchern den Vorgang. An der abgedeckten Brücke Schönhauser Allee klirren im Alltag die Straßenbahnen vorüber, nur daß ab und zu dieser oder jener auf dem Hinterperron seinem Nachbar das furchtbare Ereignis schildert. Die ganze Gegend zittert noch von der Erregung. Aufgeräumt liegt die Stätte, gut geschottert, und in regelmäßigen Abständen ziehen die Züge darüber hin, und das Poltern der Räder erstickt die Erinnerung. Nichts zeugt mehr davon, was geschehen. Das tägliche Leben nimmt alles wieder in seinen Bann.

Die Unglücksstrecke.

Die Stelle des furchtbaren Eisenbahnunglücks liegt etwa 150 Meter vom Bahnsteig des Bahnhofs Schönhauser Allee entfernt, zwischen der Schönfließer und Schönhauser-Allee-Brücke. Es laufen in diesem Zwischenstück der Strecke 6 Gleisanlagen in starken Kurven nebeneinander. Die auf der rechten Seite im Zuge der Dänenstraße werden befahren von dem Nordring, während die übrigen vier Gleise dem Güterverkehr dienen. Unmittelbar hinter dem Bahnsteig der Schönhauser Allee wendet sich das Gleis Richtung Gesundbrunnen scharf nach links herüber, um in Normalweite neben der Spur des Zuges Gesundbrunnen—Schönhauser Allee herzulaufen. In nicht so scharfer Krümmung läuft das Gleis von Richtung Gesundbrunnen in den Bahnhof Schönhauser Allee ein. Eine besonders gefährliche Enge in den Gleisanlagen ist trotz der Kurven nicht geschaffen. Links in der Trennung der Anlagen der Nordring- und Güterstränge liegt der Weichenblock V. P. N., während rechts von dem Nordring an der Böschung die Vorsignale stehen. Von diesen Signalen bis zu den Kurven der Nordringgleise hat sich in einer Strecke von etwa 50 Meter um 1,10 Uhr das Unglück abgespielt: Der Zug 1815, der fahrplanmäßig abgelassen wurde vom Bahnhof Schönhauser Allee, traf in der Kurve etwa mit drei Viertel seiner Achsen den von Gesundbrunnen herabkommenden Zug 1814, der mit etwas abgebremster, ordnungsmäßiger Schnelligkeit in die Kurve einfuhr. Vom Gesundbrunnen herab, beginnend bei der Schönfließer Brücke, fällt die Strecke ab und geht im Bahnhof Schönhauser Allee wieder in eine geebnete Strecke über.

Der Augenblick der Katastrophe.

Als in dem Augenblick der Zug 1814 in der Kurve lag, mähte die offenstehende Tür eines anderen Zuges die Leute von den Trittbrettern herab, die den Boden unter den Füßen verloren und zwischen den Trittbrettern hindurchwirbelten und mit Kopf, Armen und Beinen unter die Räder gerieten. Furchtbare Schreie zerrissen die Luft. Funkensprühend knirschten die Bremsen, und mit Rucken und Rütteln hielten die Züge. „Furchtbar sah es zwischen den Gleisen aus," sagte der diensttuende Stationsvorsteher des Bahnhofes Schönhauser Allee. Die Schutzpolizei sperrte sofort die Gegend ab und die herbeigeeilte Feuerwehr transportierte in den alarmierten Krankenautos die Toten und Schwerverletzten in die umliegenden Krankenhäuser und die Rettungsstelle 6, Gaudystraße. In ununterbrochener Reihenfolge wurden die laut stöhnenden Schwerverletzten abtransportiert. Ein Stück mühseliger Arbeit war es, an Ort und Stelle die Personalien festzustellen. Blutüberströmte hatten ihre Barschaft und Papiere verloren und lagen apathisch auf dem Rasen der Böschung. Aerzte arbeiteten fieberhaft. Die Meldung des großen Unglücks hatten Ströme von Menschen in die Nähe des Unglücksortes geführt, die trotz des strömenden Regens ausharrten und jedem davonknatternden Auto mit Toten oder Verwundeten ehrfurchtsvoll nachsahen. Wasser wurde herbeigeschleppt. Nachdem die Gleise freigemacht waren, konnten die Züge/weitergeleitet werden.

Die nervöse Unruhe, die über den Menschen lag, drückte sich immer wieder darin aus, daß alle das Unglück einmal kommen sahen, und alle waren sich darin einig, daß die **Unsitte des Trittbrettfahrens hoffentlich jetzt endlich einmal aufhören wird.**

Man muß es an dieser Stelle erwähnen, daß in London und New York trotz des riesenhaften Verkehrs solche Massenunfälle, die durch das fahrende Publikum selbst verschuldet sind, kaum vorkommen. Es ist zu hoffen, daß das furchtbare Unglück den Berliner zu größerer Selbstdisziplin in verkehrstechnischer Hinsicht erzieht.

*

Nach den neuesten Feststellungen beläuft sich die Zahl der Toten jetzt auf 40, so daß noch 36 Schwerverletzte der Wiederherstellung harren.

Eine Mahnung der Eisenbahndirektion.

Die Eisenbahndirektion Berlin teilt folgendes mit: Zur Bewältigung des Verkehrs, der am Beisetzungstage des Ministers Rathenau aus Anlaß des früheren Arbeitsschlusses auf der Ringbahn zu erwarten war, wurde nach dem Sonnabendfahrplan, verstärkt durch Reservezüge, gefahren, der auf den früheren Arbeitsschluß Rücksicht nimmt und vom Mittag ab Fünfminuten-Zugfolge auf dem Nordring für mehrere Stunden vorsieht. Diese Maßnahme ist auf den Bahnhöfen durch Aushang bekanntgemacht worden. Infolge der gegen Mittag erfolgten Einstellung des Betriebs bei der Straßen- und Hoch- und Untergrundbahn war der Andrang der Reisenden bei der Eisenbahn auf kurze Zeit außergewöhnlich stark. Auf dem Bahnhof Gesundbrunnen wurde der Andrang dadurch besonders hervorgerufen, daß die Reisenden von Hennigsdorf in Gesundbrunnen zum großen Teil auf den Ring übergingen, anstatt geschlossen nach dem Stettiner Vorortbahnhof zu fahren, wie dies mit dem Betriebsrat der AEG. in Hennigsdorf verabredet worden war. Dieser gewaltige Andrang zeitigte das in Berlin so häufig zu beobachtende Verkehrsbild, daß die Reisenden auf den Trittbrettern, Puffern und Bremsleitern stehend und auf den Wagendächern sitzend mitzukommen suchen. Die Eisenbahnbeamten waren hiergegen trotz aller Bemühungen, die Reisenden von den Trittbrettern zu entfernen, machtlos; noch nach der Abfahrt der Züge wurden die Trittbretter besetzt, obwohl angesichts der vorgesehenen reichlichen Anzahl Züge zu dieser Beförderungsart durchaus keine Veranlassung vorlag. Die Eisenbahnverwaltung hat angesichts der überaus großen Gefahren für die Reisenden gegen die Unsitte des Mitfahrens außerhalb der Abteile durch wiederholte Bekanntgabe in der Presse, durch besondere Ueberwachungsabteilungen und empfindliche bahnpolizeiliche Strafen dauernd angekämpft. Auch das Bahnsteigpersonal läßt es an Ermahnungen nicht fehlen, stößt aber häufig nicht nur auf kein Verständnis für seine auf den Schutz der Reisenden gerichteten Bemühungen, sondern muß sich hierfür auch noch Grobheiten gefallen lassen. Alle unsere Bemühungen sind vergeblich, wenn die Reisenden nicht Selbstzucht üben und die gefahrvolle Außenfahrt von selbst unterlassen. Mit großen Gefahren für die Reisenden ist auch das Drängen auf den Bahnsteigen bei der Einfahrt von Zügen verbunden, wie der gestrige Fall in Fürstenbrunn wieder beweist, wo eine Frau unter den einfahrenden Zug gedrückt und dabei tödlich verletzt wurde. Unter Hinweis auf die schweren Opfer, die die geschilderten Unsitten auf dem Nordring und in Fürstenbrunn gefordert haben, richten wir deshalb an die Reisenden nochmals die dringende Mahnung, das gefahrvolle Mitfahren **außerhalb der Abteile und das Drängen auf den Bahnsteigen bei der Einfahrt der Züge zu unterlassen.** Bei der dichten Zugfolge bedarf es nur einer kurzen Wartezeit, um ungefährdet mitzukommen. Sollte unserer Mahnung der Erfolg versagt bleiben, bliebe uns künftig zu unserem Bedauern nichts anderes übrig, als im Falle des Nichtverkehrens der anderen Berliner Verkehrsmittel auch den Stadt- und Ringbahnbetrieb einzustellen. Wir weisen bei dieser Gelegenheit erneut auch auf die großen Gefahren hin, die mit dem vorzeitigen Oeffnen der Wagentüren für die auf den Bahnsteigen stehenden Reisenden verbunden sind, und ersuchen, auch dies zu unterlassen. An die Fabriken und Industriewerke richten wir die Bitte, im Sinne der vorstehenden Ausführungen aufklärend auf die Arbeitnehmer einwirken zu wollen.

*

Dem Schmerz über das furchtbare Unglück, der Berlins Bevölkerung erschüttert, gab auch Genosse Löbe bei Eröffnung der gestrigen Reichstagssitzung bewegten Ausdruck. Die Abgeordneten hörten die Trauerworte des Präsidenten stehend an.

Die Mörderspuren.

Im Interesse der Förderung der polizeilichen Ermittelungen zur Aufklärung des Mordes an dem Reichsminister Dr. Rathenau ist es wünschenswert, sämtliche Angaben, die sich auf die Angelegenheit beziehen, unmittelbar an den Oberregierungsrat Weiß im Berliner Polizeipräsidium zu richten, der von dem Oberreichsanwalt mit der Führung der polizeilichen Ermittelungen beauftragt worden ist.

*

Unter den Bergen von Anzeigen ist vieles von vornherein ganz wertlos und hält nur wichtige Arbeiten auf. Die Leute sollten sich mit der Angabe solcher Beobachtungen, die zum Teil schon weit zurückliegen, nicht gleich an die Mordkommission, sondern an die nächste Polizeidienststelle wenden. — In der Dienstag-Morgenausgabe hatten wir eine uns von der Korrespondenz Steinberg zugegangene Mitteilung wiedergegeben, wonach Direktor Meier vom Bankhaus Hardy u. Co., mit noch einem Herrn und mit der Schwester des Ministers Rathenau kurz nach der Tat an der Mordstätte im Auto vorbeigefahren seien. Der Geschäftsführer Meier der Firma Hardy u. Co. war allerdings mit seinem Auto an jenem Vormittag an der Stelle vorbeigefahren, aber die Schwester des Ministers Rathenau befand sich nicht in diesem Auto, da sie mit ihrem Gatten, der gleichfalls ein Geschäftsführer der Firma Hardy u. Co. ist, zu jener Zeit noch in Köln weilte.

Die AEG. zum Tode Rathenaus.

Aufsichtsrat und Vorstand der AEG. veröffentlichen folgenden Nachruf:

Unser bester Mann, unser liebster Freund Dr. Walter Rathenau, ist einem furchtbaren Verhängnis zum Opfer gefallen. Präsident und Vorsitzender des Aufsichtsrats hat er, der Sohn des Begründers der AEG., unserer Gesellschaft einen großen Teil seiner kostbaren Lebensarbeit gewidmet. Jeder von uns war stolz darauf, daß er uns gehörte. Unser Schmerz ist ohne Grenzen, unser Verlust unermeßlich.

Deutschnationale Sonnenwendfeier.

Gendarmen zu ihrem Schutz.

Deutschnationale Sonnenwendfeiern, Regimentsfeiern und ähnliche Veranstaltungen, die als Kundgebungen gegen die Republik zu betrachten sind, wurden sofort nach Bekanntwerden der Ermordung Rathenaus verboten. Wir erfahren erst jetzt, daß dessenungeachtet in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag der deutschnationale Jugendbund Ortsgruppe Tempelhof seine Sonnenwendfeier im Freibad Rangsdorf begangen hat. Bei der Aufschichtung des Holzstoßes sah sogar der Herr Amtsvorsteher nach, ob alles in Ordnung war, und dann ging er befriedigt nach Hause. Gesungen wurden die bei den Deutschnationalen üblichen Lieder, darunter ein Bundeslied, das die Hohenzollern verherrlichte und versprach: „Deutschnationale Jugend bleibt Dir treu!" Zwei Gendarmen sorgten für Fernhaltung von „Ruhestörern".

Gegen die Mordhetzer von Potsdam.

Als Trauerkundgebung hielt die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft Potsdams eine stark besuchte Protestversammlung ab, an der zum Zeichen der politischen Uebereinstimmung Anhänger der Demokratischen Partei geschlossen teilnahmen, die auch durch ihre Redner ihre Zustimmung zu der gefaßten Resolution vorbehaltlos erklären ließen. Der Hauptredner stellte in seinen Ausführungen fest, daß in Potsdam die Vergiftung der politischen Atmosphäre so weit fortgeschritten sei, daß bei der trotz des Verbots abgehaltenen Sonnenwendfeier auf dem Brauhausberg einige Teilnehmer die Mörder Erzbergers und Rathenaus hochleben ließen. In der einstimmig angenommenen Resolution wurde die sofortige Abberufung des Polizeipräsidenten v. Zitzewitz, die Entfernung aller reaktionären und monarchistischen Offiziere aus der Reichswehr und Schupo und die Säuberung des Verwaltungsapparates von den Beamten gefordert, die planmäßig gegen die Republik arbeiten. Anschließend daran fand ein Umzug durch die Straßen Potsdams statt.

Die Schule im Dienst der Republik.

Gegen die antirepublikanische Agitation, die in vielen Schulen immer noch von Lehrern und Lehrerinnen getrieben wird, hat die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Bezirksgruppe Groß-Berlin, eine Entschließung angenommen. Sie fordert, „daß alle Schulen mit republika-

Der Ruf durchs Fenster.

42] Roman von Paul Frank.

Er schien unruhig, ärgerlich geworden und begann die Addition ein zweites und drittes Mal. Schließlich, da der Mann noch immer vor dem Schalter stand, warf er den Bleistift fort, trat an das Schiebefenster und zog dieses mit einem Ruck in die Höhe. Er war im Begriff, den Fremden schroff abzuweisen, als sein Blick den großen, dunklen Augen des Mannes begegnete, die ihn sekundenlang fesselten, so daß er sich überwand und sanfter sagte, als es seine Absicht gewesen wäre: „Die Kasse ich schon geschlossen."

„Haben Sie die große Freundlichkeit, eine Ausnahme zu machen ..." äntwortete der Fremde höflich und doch bestimmt.

„Das dürfen wir nicht," entgegnete der Kassierer. „Kommen Sie doch morgen wieder."

Zugleich wollte er das Schiebefenster herablassen. Da drückte der Fremde die Hand, die die beiden Banknoten hielt, durch die Oeffnung nach innen und verhinderte derart, daß die Luke geschlossen wurde.

„Sie würden mir einen großen Gefallen tun, da ich hier in der Stadt fremd bin und keinen Rubel mehr besitze ... Nur dieses hier, ausländisches Geld ... Ich bitte Sie daher inständigst, mir die beiden Scheine in Rubel umzuwechseln ..."

„Wir haben strengen Auftrag ..." sagte der Kassierer, peinlich berührt. „Wir dürfen keine Ausnahme machen, und Sie können auch in einer Privatbank wechseln, wo bis zum Abend amtiert wird ..."

„Bitte ..." sagte der Fremde, sonst nichts. Er sah den jungen Beamten zugleich flehend-durchdringend an.

Dieser stand ratlos. Schließlich ergriff der die beiden Banknoten, die der Mann vor dem Schalter ihm noch immmer entgegenhielt. „Kronen ..." fragte er mechanisch.

„Ganz richtig, österreichische Kronen ..." wiederholte der andere. „Zweitausend Kronen österreichischer Währung ..."

Der Kassierer hatte den Bleistift ergriffen, den er vorhin hatte fallen lassen, und schrieb in Eile ein paar Ziffernzeilen neben- und untereinander.

Hierauf tat er einen Griff in die hinter ihm stehende Kasse, **die er mit seinem Nachbar gemeinsam benützte, holte eine Anzahl** Banknoten hervor, fügte aus einer Schale, die auf seinem Schreibtisch stand, einige Silber- und Kupfermünzen hinzu und zählte das Ganze auf die Marmorplatte. „Hier sind die gewünschten Rubel ..." sagte er.

Die Hände des Fremden nahmen das Geld in Empfang.

„Meinen verbindlichsten Dank ..." sagte der Mann im Radmantel.

Der Kassierer schloß das Schiebefenster und betrachtete, auf einem Stuhl sitzend, aufmerksam den Fremden, der sich nun zum Gehen anschickte, nochmals den Hut höflich lüftete und den er schließlich in der Drehtür verschwinden sah.

Der junge Kassierer tat unwillkürlich einen tiefen Atemzug, ergriff abermals den Bleistift und begann die vorhin unterbrochene Addition von neuem. Er kam jedoch wieder nicht vom Fleck, da ihn ein Unerklärliches verwirrte und bedrückte.

Einer klopfte ihm auf die Schulter. „Noch nicht fertig ...?" fragte der, der sein Nachbar war.

„Nein ..." antwortete jener.

„Ich möchte die Kasse zusperren," entgegnete der andere.

„Ich weiß nicht, wie mir plötzlich ist ..." klagte der junge Kassierer.

„Stimmt's mit dem Addieren nicht? Laß doch einmal sehen ..." Damit setzte der Helfer sich, den Hut auf dem Kopf, an den Tisch.

Nach kurzer Zeit stand er wieder auf. „Jetzt ist die Geschichte in Ordnung," sagte er. „Und nun die Kasse zugemacht! ... Ich habe Eile."

Der junge Kassierer betonte seine Dankbarkeit, verabschiedete sich von seinem Kollegen, nahm hierauf Hut und Mantel aus dem Schrank, kleidete sich langsam an und verließ das Bureau.

Der Türhüter grüßte, das heißt, er griff salutierend an die Mütze.

Der junge Kassierer trat, noch immer sinnend, in die Drehtür.

Draußen auf der Straße stand der Mann im Radmantel.

Der junge Kassierer war unangenehm berührt. Er hätte diese Begegnung, vor der er sich während der letzten fünf Minuten uneingestandenermaßen gefürchtet, lieber vermieden. „Haben Sie etwa auf mich gewartet ...?" fragte er zögernd und mißtrauisch.

„Durchaus nicht," entgegnete der Fremde; „auf jeden Fall nehme ich jedoch die Gelegenheit wahr, die unverhofft sich mir bietet, Ihnen nochmals für Ihre großen Liebenswürdigkeit zu danken, durch die Sie mir eine peinliche Verlegenheit erspart haben ..."

„Keine Ursache ..." murmelte der Kassierer und traf Anstalten, sich zu entfernen.

Der Fremde tat, als ob er solche Absicht nicht bemerkte. „Es ist für einen Ausländer stets ein Gefühl der Beruhigung, mit der landesüblichen Münze ausreichend versehen zu sein."

„Sind Sie Ausländer?" fragte der Kassierer, der im gleichen Augenblick festzustellen vermochte, daß er diese Worte keineswegs aus Interesse gesprochen hatte, daß vielmehr irgendein Unerklärliches ihn diese Frage hatte stellen lassen.

„Ganz recht. Ich bin fremd hier am Ort," gab der andere zur Antwort.

„Soeben erst angekommen?"

„Seit einigen Tagen bereits in Riga, wo es mir außerordentlich gut gefällt."

„Den Banknoten nach zu urteilen, die Sie umgewechselt haben, kommen Sie wohl aus Oestereich?"

„Ach — das will nichts besagen. Ich hätte Ihnen ebenso italienisches oder französisches Geld präsentieren können. Die Banknoten beweisen nichts.

Ein weitgereister Mann, dachte der junge Kassierer, der recht interessant zu plaudern zu verstehen scheint. Da ich ohnehin nichts Dringendes vorhabe und er mich nicht mehr aufhält, wie vorhin, mag er mir, wenn er will, immerhin eine Zeitlang Gesellschaft leisten. „Wenn es dem Herrn recht ist," sagte er, freundlicher als vorhin, „können wir ein Stück Weges gemeinsam zurücklegen. Ich weiß am Ende mit einigen Winken und Ratschlägen aufzuwarten."

„Wie liebenswürdig," beeilte sich der Fremde zu bemerken. „Wir gehen ein wenig spazieren ... Vortrefflich! Das wird sehr hübsch werden ..."

„Mein Name ist Faltin," sagte der junge Bankbeamte und verneigte sich leicht. „Richard Faltin."

Der Fremde ergriff die ihm dargebotene Hand und schüttelte sie. „Sehr erfreut. Sie sind natürlich ein Deutscher, Herr Faltin?"

„Gewiß. Ich stamme aus Königsberg. Mein Vater lebt noch dort."

„Königsberg ... Sehr schöne Stadt."

(Fortsetzung folgt.)

nischen Flaggen versehen werden und ihr Gebrauch vorgeschrieben wird", und „daß endlich mit der Entfernung aller derjenigen Schulbeamten und Lehrer Ernst gemacht wird, die im Dienst sich antirepublikanischer Aeußerungen oder der Verächtlichmachung leitender republikanischer Personen schuldig machen". Dieselbe Entschließung forderte auch, „daß für alle Schulen eine Gedächtnisfeier für den ermordeten Minister Rathenau angeordnet wird". Diese Anordnung ist wohl inzwischen bereits ergangen.

Die neue Müllbeseitigung.

Die neue Polizeiverordnung über die Müllbeseitigung, der die Zustimmung des Verwaltungsrats für den Stadtfuhrpark sowie des Magistrats bereits erteilt worden ist, wird jetzt vom Berliner Polizeipräsidenten für den Bezirk der Stadtgemeinde Berlin veröffentlicht. Danach wird die für das bisher engere Berlin vorgeschriebene Verpflichtung zur Müllbeseitigung auf alle Bezirke Groß-Berlins ausgedehnt. In den Verwaltungsbezirken, wo die Sammlung und Beseitigung des Mülls durch Ortsgesetz der Stadtverwaltung obliegt oder in Zukunft übertragen wird, bleiben die Ortsgesetze und die in Verbindung mit ihnen erlassenen Polizeiverordnungen in Kraft. Jeder Grundstückseigentümer hat dafür zu sorgen, daß sein Hausmüll in der von der Polizeiverordnung näher vorgeschriebenen staubfreien Weise abgefahren wird. Auf der Straße darf Müll nur in völlig undurchlässigen Behältern befördert werden. Erleichternde Bestimmungen trifft die neue Polizeiverordnung für die Einrichtung von Müllabladeplätzen. Es ist dazu die Genehmigung des örtlich zuständigen Polizeiamtes einzuholen. Jeder derartige Abladeplatz muß von Eisenbahnen, öffentlichen Wegen und Brücken mindestens 100 Meter und von den nächstgelegenen bewohnten Gebäuden mindestens 500 Meter entfernt sein. Jeder Abladeplatz muß mit einer festen und dichten Einfriedigung von genügender Höhe versehen sein. Die Müllablagerungen sind mit einer genügenden Erdschicht zu bedecken, so daß Papier und Staubreste nicht fortgeweht werden. In ländlichen Bezirken Groß-Berlins ist die Verwendung von Müll zu Kulturzwecken auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken freigegeben.

Auto-Omnibus Mariendorf-Lichtenrade.

Um einem langgehegten Wunsche der Bewohner von Lichtenrade auf eine bessere Verbindung mit der Stadt zu entsprechen, wird nunmehr, nachdem ein Ausbau der Straßenbahn aus wirtschaftlichen Gründen vorläufig unmöglich ist, auf Grund wiederholter Verhandlungen des städtischen Verkehrsamts mit der Allgemeinen Berliner Omnibus G.-G. ab 1. Juli eine regelmäßige Kraftomnibusverbindung von Mariendorf (Kirche) bis Lichtenrade (Bahnhof) eingerichtet. Der Preis für die ganze Strecke wird 4 M. betragen, während für kürzere Entfernungen, etwa von Lichtenrade (Buckower Straße) — Bahnhof, der Fahrpreis auf 3 M. festgesetzt wird. Von der Straßenbahn zum Omnibus und umgekehrt werden die normalen Umsteigefahrscheine der Straßenbahn zu 7 M. verausgabt werden. Vorläufig soll der Betrieb einmal stündlich erfolgen.

Der Wahlverein in Königswusterhausen

ist seit Jahrzehnten der Stützpunkt der Partei in diesem ganzen Bezirk gewesen. Sein Bestehen datiert seit dem Jahre 1902. Dies gibt Veranlassung in diesem Jahre das 20. Stiftungsfest des Vereins besonders festlich zu begehen. Viele Berliner Parteigenossen werden mit Freude und Genugtuung an ihre Agitationszüge, die von diesem Stützpunkte ausgingen, denken. Die Königswusterhausener Genossen wollen am Sonntag, den 30. Juli, das Ereignis des Zusammenschlusses zur Organisation besonders festlich begehen und laden dazu alle Berliner Parteigenossen, insbesondere die früheren und jetzigen Mitglieder der Landagitationskommission sowie auch die Gesang- und Sportvereine ein.

Selbstmordversuch des Frauenmörders.

Der in dem Moabiter Untersuchungsgefängnis befindliche Frauenmörder Karl Großmann hat dort in seiner Zelle in der Nacht zum Mittwoch einen Selbstmordversuch unternommen. Großmann befindet sich dort in der sog. Mörderzelle, d. h. in einer besonders eingerichteten Zelle, welche von außen ständig beobachtet werden kann und in der es keinerlei bewegliche Gegenstände gibt, mit denen sich der Zelleninsasse irgendwelche Verletzungen beibringen kann. Trotzdem gelang es Großmann, die Fenster mit Zeitungspapier zu verkleben und dann einen Selbstmordversuch durch Erhängen zu unternehmen, der aber rechtzeitig entdeckt wurde. — Ob die Verhandlung gegen Großmann am 1. Juli nicht doch noch der Vertagung anheimfallen wird, erscheint fraglich, da von Rechtsanwalt Dr. Frey noch in letzter Stunde Professor Dr. Schuster von der Universität Berlin, Prof. Dr. Forster von der Charité und der Sanitätsrat Dr. Friedrich Leppmann als Sachverständige geladen worden sind.

Wasser auf Demonstranten? Zu der Demonstration vom Dienstag teilt man uns noch mit, daß in der Burgstraße auf die vorbeiziehenden Demonstranten aus einem Fenster des Hauses Nr. 27 ein Gefäß mit Wasser ausgeschüttet worden sei. Vielleicht interessiert sich nachträglich die Polizei für den Vorgang und stellt fest, von wem diese provozierende „Gegendemonstration" ausgegangen ist.

Der Teuerungszuschlag zu den Fernsprechgebühren wird vom 1. Juli ab von 80 Proz. auf 160 Proz. erhöht. Diese Bestimmung ist in den Kreisen des Publikums und auch in Erörterungen in den Zeitungen vielfach dahin mißverstanden worden, als ob die gegenwärtig zur Erhebung kommenden Gebühren, die gegenüber den Sätzen des Fernsprechgebührengesetzes und der Fernsprechordnung um 80 Proz. erhöht sind, um weitere 160 Proz. gesteigert werden sollen. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß lediglich statt des bisherigen Teuerungszuschlages von 80 Proz. zu den gesetzlichen Fernsprechgebühren ein solcher von 160 Proz. erhoben wird.

Entfernung der Hohenzollernbilder aus den Moabiter Schwurgerichtssälen. In den beiden Schwurgerichtssälen des alten Kriminalgerichtsgebäudes hängen seit vier Jahrzehnten die Bilder Wilhelms I., Friedrich Wilhelms III. und IV. Diese sind jetzt auf besondere Anordnung des Justizministeriums entfernt worden und, obwohl sie Werke bekannter Künstler sind und deshalb hohe Werte repräsentieren, in einem Gerümpelkeller des Neuen Kriminalgerichtsgebäudes untergebracht worden.

Die Schulreaktion greift an. In Staaken erschien am Tage der Beisetzung Rathenaus der Rektor der christlichen Schule plötzlich in den weltlichen Klassen und revidierte das Inventar. Da die freie Schule Staakens durch von der Behörde erzwungene besondere Elternbeiratswahl anerkannt ist, wird das Vorgehen des Rektors sehr merkwürdig gefunden. Sonderbar ist auch, daß auf Anfragen die Erklärung abgegeben wurde, die Revision am Tage der Beisetzung Rathenaus erfolge auf Anordnung der Behörde.

Das Kriegsfürsorgeamt Neukölln hält seine Hinterbliebenenabteilung vom 29. Juni bis 5. Juli geschlossen zur Vorbereitung der Auszahlung der Teuerungszuschüsse für den Juli, für die vom Reichsarbeitsministerium neue Richtlinien herausgegeben worden sind. Ueber die Zahlung der Teuerungszuschüsse wird noch Näheres mitgeteilt werden. Für Abfertigung von Krankenhausaufnahmen und ähnlichen eiligen Fällen ist Vorsorge getroffen.

Eine öffentliche Mieterversammlung veranstaltet der Mieterverein des Groß-Berliner Westens am Freitag, den 30. Juni, abends 8½ Uhr, im Restaurant Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114/115. Der 1. Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Goetzel spricht über das Thema: „Was hat der Mieter nach dem Reichsmietengesetz zu zahlen." Für die Bewohner von Zehlendorf und Schlachtensee hält der genannte Verein am 3. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant Kaiserhof in Zehlendorf, Potsdamer Straße 49a, ebenfalls eine öffentliche Versammlung mit dem gleichen Thema ab.

Wilmersdorf. Unsere Vorwärtsspedition befindet sich jetzt nicht mehr Holsteinische Str. 19, sondern Gasteiner Str. 12, Laden. Bestellungen können auch abgegeben werden in der Privatwohnung unseres Expedteurs, Genossen Bischoff, Wilhelmsaue 42. Die Spedition Tübinger Str. 2a bleibt.

Sozialist. Studentenbund. Heute Donnerstag, den 29. Juni, abds. 8 Uhr, in der alten Aula: Kundgebung anläßlich des Mordes W. Rathenaus für die Republik. Es sprechen: stud. rer. pol. Nölting, Prof. Schücking, Oesterreich, stud. phil. Wittvogel.

Sommerfest des 3. Kreises, Wedding. im Pahrnholer Ausschank, Chausseestr. 64, Sonnabend, den 1. Juli. Eröffnung 3 Uhr, Anfang 4 Uhr. Konzert, gesangliche Darbietungen, Mitwirkung des Meineckschen Männerchors. Eintrittskarten sind in den Abteilungen zu haben.

Bei der Sonnenwendfeier in den Gosener Bergen ist einer Genossin eine silberne Broche verloren gegangen. — Der Finder wird freundlichst gebeten, dieselbe in der Buchhandlung Vorwärts (Laden) abzugeben.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Festkonzerte. Die Ausgabe der Zeichnungslisten ist erfolgt. Listen liegen aus bei allen Abteilungs- und Bildungsausschußmitgliedern der Kreise und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8. — Verlosung von Kunstblättern. Ziehung am 1. Juli 1922. Lose à 3 M. bei allen Abteilungs- und Bildungsausschußmitgliedern der Kreise und im Bureau des B.B.A.

An unsere Leser und Freunde!

Die sprunghafte Steigerung der Preise für alle Waren nimmt ihren Fortgang. Die Preise werden von den Unternehmern für alle Gebrauchs- und Bedarfsartikel sowie Lebensmittel ohne Rücksicht auf die Kaufmöglichkeit der breiten Masse der Bevölkerung festgesetzt. Nur die Zeitungsunternehmungen müssen ihren Lesern Rechnung tragen und nehmen nur zögernd, doch gezwungen durch den Preisdruck aller Herstellungsmaterialien für die Zeitungen, Abonnementspreiserhöhungen vor, die bei weitem nicht die Herstellungskosten decken. Einen für längere Zeit feststehenden Abonnementspreis festzusetzen, wird durch die zum guten Teil auf rücksichtsloser Spekulation beruhende Entwertung unserer Mark zur Unmöglichkeit.

Die für einen Monat unter größter Rücksichtnahme auf die Belastung der Abonnenten aufgestellte Kalkulation für den Bezugspreis ist in einigen Wochen, oft schon in Tagen wieder ganz unhaltbar. Vor allem leidet die Presse unter der ganz abnormen Preissteigerung für Papier. Unsere Berechnung für den Bezugspreis pro Juni basierte auf dem im Monat Mai bestehenden, 80fachen Preis des Papiers gegenüber der Vorkriegszeit. Im Juni sprang bereits dieser Preis auf das 63fache und ist für Juli auf das 97fache des Friedenspreises von dem Papiersyndikat angekündigt.

Das heißt, daß die Ausgaben für Papier, die in der Vorkriegszeit den fünften Teil des Abonnementspreises betrugen, jetzt schon ⅗ in Anspruch nehmen, da wir bei dem gegenwärtigen Umfang ca. 34 M. von einem Monatsabonnement allein für Papier ausgeben. Alle Bemühungen der Presse, die Preise für Papierholz die ins uferlose steigen, zu stabilisieren, sind bisher ergebnislos gewesen.

Die Kosten für Druck, Transport, Zustellungslohn, Angestellten- und Redaktionsgehälter usw. erhöhen sich naturgemäß mit der fortlaufenden allgemeinen Preissteigerung.

Wir müssen deshalb, so außerordentlich wir es bedauern, den Abonnementspreis pro Juli auf 60 M. erhöhen.

Wir wissen, daß ein großer Teil unserer Leser seinen Lohn oder seine sonstige Einnahmen den ganz unnatürlichen Preissprüngen für alle Bedarfsartikel nicht anpassen kann, weshalb auch der „Vorwärts" fortgesetzt bemüht ist, die Preissteigerungen, die durch verwerfliche Spekulation hervorgerufen werden, mit allem Nachdruck zu bekämpfen und für Gehalts- und Lohnerhöhung, die sich infolge dieser Preistreibereien notwendig macht, eintritt. Die sozialdemokratische Presse muß aber als Vorkämpferin für Kultur, politische Freiheit und wirtschaftliche Besserstellung der werktätigen Klassen bleiben.

Wir zweifeln nicht, daß die von unsern Lesern und Freunden bisher gezeigte Einsicht in die Lage und Bedeutung des „Vorwärts" bei der fast allmonatlich notwendigen neuen Erhöhung des Bezugspreises sich auch weiterhin bewährt und daß unsere Freunde nicht nur am Abonnement festhalten, sondern auch neue Abonnenten werben werden.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts."

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand!

Sonnabend, den 1. Juli, abends 6 Uhr, im Sekretariat, Lindenstr. 3, wichtige Sitzung. Alle Mitglieder müssen anwesend sein. Bezirkssekretariat.

Lichtenrade. Heute, Donnerstag, den 29. Juni, 8 Uhr, öffentliche Volksversammlung im Waldrestaurant, Hildegardstraße (Inhaber Riehmann). Thema: „Gegen den Menschenmord". Referent Landtagsabgeordneter Erich Kuttner.

7. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 29. Juni, 8 Uhr, Sitzung des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt im Rathaus, Zimmer 304.

13. Kreis. Donnerstag, den 29. Juni, 7½ Uhr, Kreisvorstandssitzung mit den Abteilungsleitern bei Richter, Hasselwerder Str. 96.

5. Kreis Friedrichshain. Frauenleiterinnen der Abteilungen und Mitglieder des Kreiswohlfahrtsausschusses: Freitag, den 30. Juni, 7 Uhr, bei Schuckert, Rüdersdorfer Str. 2, wichtige Besprechung. Erscheinen Pflicht.

Heute, Donnerstag, den 29. Juni:

7. Kreis. Charlottenburg. 7½ Uhr in der Aula des Schiller-Reallgymnasiums, Schillerstraße 26, Mitgliederversammlung der freien Schulgemeinde. Tagesordnung: „Die Beratung und Beschlußfassung betreffend die neuen Satzungen.

30. Abt. 7 Uhr Funktionärsitzung bei A. Carl, Wichertstr. 60. Bezirksführer! Maimarken und Beiträge abrechnen.

32. Abt. 7 Uhr bei Murrer, Caprivistr. 8, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Frauenagitations- und Elternbeiratsmitglieder. Abrechnung der Mai- und Beitragsmarken. Billetts und Kassiererbücher mitbringen.

85. Abt. Charlottenburg. 7½ Uhr Abteilungsversammlung bei Jakob, Bismarckstraße 36. Thema: „Finanzwirtschaft und Anleihe". Ref. Genosse Albert Gebhardt.

102. Abt. Oberschöneweide. 8 Uhr in der Kottmeyer-Schule, Eingang Feilchenstraße, Vorstands- und Funktionärsitzung. Thema: „Die politische Lage".

126./130. Abt. Pankow. 7½ Uhr Abteilungsvorstands- und Funktionärsitzung im Jugendheim.

126. Abt. Reinickendorf-Ost. Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der öffentlichen Volksversammlung, die um 7 Uhr im Garten des Seebades Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 49, von den drei sozialistischen Parteien aus stattfindet.

Jungsozialisten. Gruppe Süden: 7½ Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, „Rathenau-Abend". — **Gruppe Schöneberg-Friedenau:** 7½ Uhr bei Groß, Gebauerstr. 17, Vortrag von Walter Nicolaus: „Die Erfindung der Schnellpresse".

Jungsozialisten. Gruppe Neukölln und Britz. 7 Uhr im Jugendheim Britz, Chausseestraße 48, Vortrag der Genossin Frau Ilse Müller-Oestreich: „Reformkleidung und Reformwohnung". Gäste willkommen.

Morgen, Freitag, den 30. Juni:

48. Abt. 7½ Uhr bei Jahreck, Alexanderufer 137, Funktionärkonferenz. Abrechnung.

95. Abt. Neukölln. 7½ Uhr bei Grieger, Lessing-, Ecke Karlstraße, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. Abrechnung mit allem Material.

111. Abt. Bohnsdorf. 7½ Uhr in der Schule Elternversammlung. Thema: „Lebenskunde". Referent Erwin Marquardt.

*

SPD.-Angestellte der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend. 7½ Uhr im Lokal Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 36/38, wichtige Versammlung. Tagesordnung: Bericht der gemeinsamen Besprechung der Fraktionsvorstände. Stellungnahme zur Arbeiter- und Betriebsrätewahl.

Männerchor Friedrichshain. Freitag, den 30. d. M., 7 Uhr, Vierteljahresversammlung im Andreas-Kasino, Andreasstraße 3. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Kriegsprozeß Dr. Michelson.

Erster Tag.

V. d. J. **Leipzig**, 28. Juni.

Vor dem Reichsgericht steht heute der 1878 geborene Spezialarzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe Dr. Oskar Michelson aus Berlin-Wilmersdorf, von der französischen Regierung beschuldigt, hauptsächlich 1917 und 1918 in den Lazaretten Effry und Thréion kranke Kriegsgefangene mißhandelt oder deren Mißhandlung geduldet zu haben. Weiter wird Dr. Michelson beschuldigt, hauptsächlich 1916 bis 1918 in mehreren Fällen den Tod von Kriegsgefangenen durch fahrlässige Behandlung verschuldet zu haben. Außerdem soll er Unterschlagungen zu ungunsten der französischen Bevölkerung begangen haben.

Es sind 34 deutsche und

14 französische Zeugen

geladen. Als Sachverständige sind geladen: vom Gericht Oberregierungsrat und Medizinalrat Generalarzt a. D. Dr. Schneider-Potsdam und Generalarzt a. D. Dr. Koste-Magdeburg, von der Verteidigung Wirklicher Admiralitätsrat Dr. Fehlisch; als militärische Sachverständige Generalmajor a. D. Hopf aus Arnstadt und Geheimer Kriegsrat Pfiffel vom Reichswehrministerium. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Ebermeyer. Verteidiger sind Dr. Pinkus, Justizrat Dr. Löwenstein, Gronemann, Klee, Fritz Simon und Lewer aus Berlin. Vorsitzender ist Senatspräsident Dr. Schmidt.

Die französischen Zeugen sind

nicht erschienen;

auch eine französische Kommission ist nicht anwesend, ebenso wenig französische Pressevertreter. Das Interesse an diesem Prozeß ist auch beim Publikum nicht so groß wie früher.

Angeklagter Dr. Michelson hat sich bei Kriegsausbruch freiwillig zur Verfügung gestellt. Von 1915 bis August 1918 leitete er als Garnisonarzt ein Lazarett zuerst in Dizy-le-Gros und ab 17. Februar 1917 in Effry. Später war er im Gefangenenlager Thréion. Gegenüber den Beschuldigungen weist er darauf hin, daß ihm von angesehenen französischen Zivilpersonen für „ausgezeichnete Behandlung" Dank ausgesprochen worden sei. Er schildert die schwierigen sanitären Verhältnisse in den nordfranzösischen Lazaretten infolge unzulänglicher und ungenügender Einrichtungen. Dank seiner organisatorischen Bemühungen sei es gelungen, in Dizy-le-Gros den Typhus so gut wie zu beseitigen. Allerdings habe es dazu strenger sanitärer Maßnahmen bedurft, deren Notwendigkeit von der französischen Bevölkerung vielfach nicht eingesehen wurde. In der Zurückhaltung von Bazillenträgern im Lazarett habe man oft Eingriffe in französische Rechte sehen wollen. Seine Tätigkeit fand aber auch Anerkennung, das habe ihm der Bürgermeister von Dizy-le-Gros auch ausdrücklich erklärt. Er habe nie Geld von der französischen Zivilbevölkerung angenommen, wohl aber Lebensmittel, die ihm gebracht wurden. Die Lazarettverhältnisse in Effry waren äußerst mangelhaft. Das Lazarett war in einer großen Ofenfabrik untergebracht, zum Teil mit altem Gerümpel angefüllt. Der Angeklagte bemühte sich um andere Gebäude, aber ohne Erfolg, da andere Räumlichkeiten aus militärischen Gründen nicht freigemacht werden konnten. Ungefähr 500 Kranke wurden von Dizy-le-Gros nach Effry gebracht. Die Belegschaft wuchs aber innerhalb acht Tagen auf 1200. Die Verpflegung war mangelhaft, Betten und Stroh waren nicht vorhanden. Der Angeklagte traf durchgreifende Maßnahmen, um die dringendsten Mißstände abzustellen. Er legte eine Wasserleitung nach dem Lazarett, sorgte für Oefen, ließ Fensterscheiben einsetzen usw. Trotz alledem war es aber nicht zu verhindern, daß die Kranken dahinstarben. Sie waren aber, wenn sie ins Lazarett kamen, vielfach schon so herunter, daß ein geringer Anlaß genügte, um sie wie Fliegen dahinsterben zu lassen. Der Angeklagte erinnert an die Erfahrungen, die man

in rumänischen Gefangenenlagern

gemacht hat. Auf Befragen des Vorsitzenden äußert sich der Angeklagte zu Einzelheiten. So ist ihm vorgeworfen worden, ein junges Mädchen nicht richtig behandelt und einen ärztlichen Eingriff unterlassen zu haben. Ein Luftröhrenschnitt sei aber bei dem Zustand der Patientin nicht möglich gewesen, er habe sich daher auf eine Serumeinspritzung beschränkt. Auch bei einem amerikanischen Arzt, der bei einem Sturz aus dem Flugzeug einen Schenkelbruch erlitten hatte, hätte er nicht operativ eingreifen können, da der Kranke sich erst erholen mußte. Hätte er ihn operiert, so wäre ihm sicher der Vorwurf gemacht worden, daß er nur operiert hätte, um den Kranken zu töten. Bei einem Zivilarbeiter habe seine Diagnose auf Typhus gelautet, er habe ihn der Station des ihm zugeteilten französischen Arztes Pichard überwiesen. Dort sei er gestorben. Seine Diagnose habe sich bei der Obduktion als richtig erwiesen. Das Lazarett Thréion, als bayerisches Kriegslazarett eingerichtet, habe durchaus den Anforderungen in sanitärer Hinsicht genügt, nur reichte der Platz nicht aus, daher wurden Sammelbetten aufgestellt, auch mußten

die Korridore belegt

werden. Zur angeblichen Unterschlagung erklärt der Angeklagte, er habe sich pflegen müssen, um nicht bei der Ueberlastung zusammenzubrechen. Er habe nichts verbraucht, was ihm nicht zustand oder was er nicht ehrlich erworben habe. Auch die Pakete an seine Mutter hätten nur ehrlich erworbene Sachen enthalten.

Ein im Lazarett als Wäscherin beschäftigtes Mädchen ist nach Abtreibung gestorben, den Tod soll der Angeklagte durch falsche Behandlung verschuldet haben. Er habe von dem Abort nichts gewußt, sondern nach den Angaben des Mädchens auf Gallensteine behandelt. Zu den Mißhandlungen gibt der Angeklagte zu, geäußert zu haben, Leute, die seine Anordnungen sabotierten und das Lazarett gefährdeten, durch Rauchen oder Spielen mit Sprengkapseln oder sonstige Widerspenstigkeiten, verdienten Prügel. Er bestreitet aber entschieden, dahingehende Anordnungen getroffen zu haben, im Gegenteil habe er ausdrücklich das Schlagen von Kranken verboten. In einem Falle sei er energisch dagegen eingeschritten. Von der

Errichtung einer Prügelstube,

in der ein Russe Wassilij den Henkersknecht gespielt habe, habe er nie etwas gehört. Zu Unrecht habe man das Lazarett das „Schlachthaus von Effry" genannt. Die Sterblichkeit sei im Verhältnis zur Belegschaft sehr gering gewesen. In einem Jahre starben nur etwa 12—14 Personen. In dem Maße, wie die Verhältnisse besser wurden, habe sich die Sterblichkeit vermindert.

Generalarzt Dr. Schneider, damals vorgesetzter Etappenarzt des Dr. Michelson, erklärt, daß Michelson, als er Effry übernahm, seinen Posten bis dahin durchaus gut und sachgemäß ausgefüllt hatte. Das Lazarett litt unter mangelhafter Unterbringung. Michelson hätte aber Abhilfe geschaffen, soweit er konnte. Gegenüber den Widersetzlichkeiten, insbesondere gegenüber den Uebertretungen des Rauchverbotes habe er Michelson bei seinem ersten Besuch größte Energie anempfohlen, um seine Autorität zu wahren. Insbesondere habe der Angeklagte mit Erfolg die Isolierung durchgeführt, so daß keine Uebertragungsfälle vorkamen. Bei einem zweiten Besuche habe er erfreuliche Fortschritte in den hygienischen Einrichtungen festgestellt. Der Armeearzt habe sich durchaus anerkennend über das Geleistete ausgesprochen, ebenso Geheimrat Dr. Goldscheider aus Berlin.

Nachdem dieser Sachverständige und Generalmajor a. D. Hopf sich sehr günstig für den Angeklagten geäußert hatte, wandte sich der Vorsitzende gegen die Auffassung, daß die Felddienstordnung sanktioniere, daß in den Lazaretten geprügelt werden darf.

Die weitere Verhandlung verläuft für den Angeklagten günstig.

Fortsetzung Donnerstag.

Aus der Partei.

Viktor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe. Zum 70. Geburtstage Viktor Adlers erscheint in den nächsten Tagen das erste Heft einer Sammlung seiner Aufsätze, Reden und Briefe im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, VI, Gumpendorferstr. 18. (Heft I. 192 Seiten. Preis 64 M., auf holzfreiem Papier 68 M. und 25 Proz. Zuschlag.) Sie beginnt mit dem Briefwechsel von Viktor Adler und Friedrich Engels, dem die Aufsätze Adlers über die Klassiker des Sozialismus angeschlossen sind. Jedes der Hefte soll ein abgerundetes Ganzes bilden. Die Gliederung des Stoffes kann sich endgültig erst im Laufe der Arbeit ergeben, doch ist vorläufig die Teilung in folgende zwölf Hefte geplant: I. Viktor Adler und Friedrich Engels. II. Viktor Adler und Engelbert Pernerstorfer. Briefe aus der Jugendzeit. III. Viktor Adler und die Gründung der österreichischen Sozialdemokratie. IV. Viktor Adlers Reden und Aufsätze über sozialdemokratische Taktik. V. Viktor Adler und der Wahlrechtskampf in Oesterreich. VI. Viktor Adler und die „Arbeiter-Zeitung". VII. Viktor Adler als Parlamentarier. VIII. Viktor Adler, die Gewerkschaften und Genossenschaften. IX. Viktor Adler als Arzt, Hygieniker und Sozialpolitiker. X. Viktor Adler und August Bebel. Aus dem Briefwechsel. XI. Viktor Adler und die Internationale. XII. Materialien zu einer Biographie Viktor Adlers. Bibliographie. — Die Redaktion der einzelnen Hefte werden Genossen, die mit der betreffenden Materie besonders vertraut sind, übertragen. Sie werden ihre Arbeit in Verbindung mit Friedrich Adler, in dessen Obhut sich der Nachlaß seines Vaters befindet, ausführen.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 29. Juni:

Neukölln-Nord: Jugendheim Münchener Str. 32, Diskussionsabend: „Unsere Zeitschrift". — **Norden:** Jugendheim Gemeindeschule Putbuser Str. 3/6, Vortrag: „Starkstromtechnik". — **Stralauer Viertel:** Jugendheim Gemeindeschule Naglerstraße 8, Leseabend: „Im Tollhaus". — **Süden:** „Jugendheim Gemeindeschule Stallschreiberstr. 54, Vortrag: „Erste Hilfe bei Unglücksfällen".

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sozialdemokratischer Männerchor, Kreis Prenzlauer Tor. Die Uebungsstunde findet am Donnerstag, 8 Uhr, Pötzow-Brauerei, statt.

Arbeiter-Wandererverein Berlin. Sonntag, 2. Juli, Badetour zum Stößsee. Abfahrt 5.35 Schles. Bhf. nach Erkner.

Verband Volksgesundheit. Donnerstag, den 29. Juni, ½8 Uhr, Vortrag des Genossen O. Stüber: „Grenzen unseres Wissens", in der Oberrealschule, Niederwallstraße 12. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Arbeitersport.

Berliner Arbeiterschwimmer in Küstrin. In Küstrin fand kürzlich das 1. Schwimmfest der Freien Schwimmer statt. Das gute Wetter hatte großen Besuch herangelockt. Aus Charlottenburg, Neukölln und Frankfurt a. d. O. waren Vertreter der Vereine anwesend. Am Sonnabend wurde von Charlottenburg ein Lampionreigen in der Warthe geschwommen. Ganz Küstrin war dazu zur Stelle, um etwas noch nie Gezeigtes sich anzusehen. Der große Beifall zeugte für gutes Gelingen des Festes. Am Sonntag fand das Wettschwimmen statt, das sich auch eines guten Zuspruches erfreute. Rennen, Staffetten und Einzelkämpfe wechselten in rascher Folge. Nachstehend die Resultate der Wettkämpfe: Männerbruschwimmen: 1. Möhus-Neukölln 1,38³; 2. G. Klein-Neukölln 1,40²; 3. Dahle-Neukölln 1,42¹. — Männerkraulschwimmen: 1. Montag-Neukölln 1,35; 2. Scherin-Charlottenburg 1,38. — Jugendbruschwimmen: 1. Kühnel 51,0; 2. Climke-Küstrin 51,3; 3. Fritz 52,3. — Männerlagenstaffel: 1. Neukölln 2,35¹; 2. Charlottenburg 3,5. — Männerschwimmen (Seitlich): 1. Göthe 37,3; 2. Montag und G. Klein 42,2, sämtlich Neuköllner. — Jugendbruststaffel: 1. Charlottenburg 2,50; 2. Küstrin 3,5. — Männerbruststaffel: 1. Neukölln 5,30. — Männerspringen: 1. Steglitz-Charlottenburg 23½; 2. Kassel-Küstrin 21½. — Wasserballspiel: Neukölln—Charlottenburg 1 : 0.

Kindersport- und spielfest in Köpenick. Sonntag, den 2. Juli, nachmittags 2 Uhr, Kreis-Kindersport- und spielfest auf dem „Eiche"-Sportplatz. Um regen Besuch bitten die Kinderabteilungen von Köpenick, Friedrichshagen, Bohnsdorf, Grünau, Alt-Glienicke, Schöneweide, Treptow.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

F. R. 100. 1. Sie müssen sich an eine der in Frage kommenden Genossenschaften wenden. 2. Gewiß können sich Kriegsbeschädigte an Siedlungen beteiligen. Diesen Zwecken dient ja auch die Kapitalabfindung.

Wetter bis Freitagmittag. Teilweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, im Norden vielfach ergiebige, im Süden schwächere Regenfälle. Mäßige westliche Winde. Temperatur wenig geändert.

Diese billigen Preise sind ein einmaliges Extra-Angebot für die Reise.

Leiser

Braune Sandalen genarbt Rindleder, durchgenähte Ledersohle, ganz besonders billig. Grösse 36-37 159,—, Grösse 31-35 129,—, Grösse 27-30 — 95.-

Leder-Reiseschlüpfer schwarz Chromleder, mit farbigem Satinfutter, Ia biegsamer Ledersohle und grossem Pompon in vielen Farben, Grösse 36-42 — 195.-

Rotbraun Boxcalf Kinder-Schnürstiefel, breite bequeme Form, vorzügl. Verarbeitung. Grösse 27-28 269,—, Grösse 25-26 239,—, Grösse 23-24 — 198.-

Braun Ia Boxcalf Damen-Schnürschuh, runde moderne Form, eleganter Absatz, vorzügliche Ausführung, sehr preiswert ..... — 398.-

Ia Braun R.-Box Herrenstiefel, echt randgenäht, mit Doppelsohlen, sehr elegante Verarbeitung, auch als Tourenstiefel zu verwenden — 790.-

Am Sonntag, 25. d. M., früh, entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden im Auguste-Viktoria-Krankenhause, Berlin-Schöneberg, meine liebe, gute Tochter und über alles geliebte jüngste Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Gertrud Maart

im blühenden Alter von 27 Jahren.

In tiefer Trauer

Witwe Marie Poelke
nebst Geschwistern und Verwandten.

Königsberg, Heidelberg, Rathenow — 28. Juni 1922.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 3 Uhr, auf dem Emmaus-Friedhof, Neukölln, Hermannstraße, statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin S 54, Lindenstraße 33/35.

Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! Funktionäre. Achtung!

Freitag, 30. Juni, nachmittags 5 Uhr im Kriegervereinshaus, Chausseestraße 94

Versammlung

aller Funktionäre aus den Betrieben, welche dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind und Mitglied einer zum Metallkartell gehörenden Organisation sind.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlung mit dem VBMI.

Zutritt haben nur Kolleginnen und Kollegen, welche sich durch ihr Mitgliedsbuch und die mit dem Stempel VbMI versehene Funktionärkarte ausweisen können.

Das Metallkartell.
J. A.: Deutscher Metallarbeiterverband.

Achtung! Funktionäre. Achtung!

Freitag, 30. Juni, nachmittags 5 Uhr

Gemeinsame Versammlung

der Funktionäre, die nicht in den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschäftigt sind, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 71.

Tagesordnung:

Bericht über die Verhandlung mit dem VBMI.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Funktionärkarte und des Mitgliedsbuches.

Sonnabend, 1. Juli, abends 7 Uhr

Branchenversammlung

der Autogen- und Elektro-Schweißer sowie -Schweißerinnen im Lokal von Neumann, Gubener Straße 6.

Tagesordnung:

1. Das Reichsarbeitsministerium und unsere Forderungen.
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Allg. Ortskrankenkasse Spandau

Auf Grund des Gesetzes über Versicherungspflicht in der Krankenkasse vom 9. Juni 1922, RGBl. 41 S. 497, ist die Versicherungsgrenze für die nach § 165 Abs. II RVO. Versicherungspflichtigen mit Wirkung vom 7. Juli 1922 von 40 000.— Mk. auf 72 000.— Mk. erhöht. Anmeldungen sind spätestens bis zum 21. Juli 1922 bei der Kasse zu bewirken.

Des weiteren sind auf Grund des Gesetzes über Grundlöhne usw. bei den Krankenkassen vom 9. Juni 1922, RGBl. 41 S. 498 und Vorstandsbeschluß der Kasse vom 19. Juni 1922 mit Wirkung v. 1. Juni 1922 die Grundlöhne bis 90,— Mk. pro Tag erhöht. Demzufolge sind alle Versicherungspflichtigen, die bisher über 54,— Mk. pro Tag verdient haben von ihren Arbeitgebern innerhalb 4 Wochen bei der Kasse umzumelden.

Es gehören vom 1. Juli 1922 ab Mitglieder mit einem Arbeitsverdienst von 54,01 Mk. bis einschl. 60,— Mk. pro Tag zur 10. Stufe, dazu kommen neu
von 60,01 M. bis 70 M. pr. Tag zur 11. Stufe
„ 70,01 „ „ 80 „ „ „ „ 12. „
usw. 80,— „ „ „ „ 13. „

Nach den erfolgten Ummeldungen bleibt der Beitrag in den Stufen A bis 10 in der bisherigen Höhe bestehen.
in d. neuen 11. Stufe beträgt er 7 M. pr. Tg.
„ „ „ 12. „ „ „ 8 „ „ „
„ „ „ 13. „ „ „ 9 „ „ „

Die Beiträge müssen also vom 1. Juli 1922 in der obengenannten Höhe zur Kasse abgeführt werden.

Vom selben Zeitpunkt ab beträgt das Krankengeld
für die 11. Stufe 35.— Mk. pro Tag
„ „ 12. „ 40.— „ „ „
„ „ 13. „ 45.— „ „ „

Auch bereits eingetretene Unterstützungsfälle haben von da ab Anspruch auf die höheren Leistungen. [106 9

Spandau, den 26. Juni 1922.

Der Vorstand.
G. Richter, Vorsitzender.

Berliner Landpacht-Genossensch.

Eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftpflicht

Montag, den 10. Juli 1922, abends 7 Uhr, im Berliner Gewerkschaftshaus, Engelufer 25, Saal 1:

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Bekanntgabe der Bilanz. 3. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Anträge und Geschäftliches.

Anträge seitens der Genossen sind spätestens bis zum 6. Juli d. J. zu Händen des Vorstandes einzureichen.

Der Rechnungsabschluß des Geschäftsjahres 1921 liegt zur Einsichtnahme der Genossen von heute ab in der Geschäftsstelle SO 16, Köpenicker Str. 32a, in den Geschäftsstunden von 9—1 und 3—7 Uhr, aus.

Berlin, den 26. Juni 1922. 106 2

Der Aufsichtsrat: Martin Krüger.
Der Vorstand: Gustav Rehle, Hugo Müller.

Kunstspielpianos u. Flügel
VIRTUOLA
Fußbetrieb / Elektrisch
beides vereinigt
ermöglichen gleichzeitig Wiedergabe der Musikstücke nach Auffassung des Künstlers und Selbstmusizierung
Römhildt A.-G., Leipziger Str. 119 Nähe Tiergarten, I. Stock

Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe zu Berlin

Durch Beschluß des Vorstandes vom 27. Juni 1922 wird auf Grund des Gesetzes vom 9. Juni 1922 der Grundlohn bis auf 90 Mark erhöht. Die Lohnstufen werden hierdurch um drei vermehrt. Bezüglich der Lohnstufeneinteilung, Höhe des Grundlohns, der Beiträge und des Krankengeldes verweisen wir auf das an alle Arbeitgeber gesandte Rundschreiben vom 28. Juni 1922. Druckexemplare von der neuen Satzungsänderung sind im Kassenlokal zu haben. Die Lohnstufenänderung und der neue Grundlohn treten mit dem 3. Juli 1922 in Kraft und haben auch von diesem Tage auf schwebende Unterstützungsfälle Geltung.

Weiter geben wir bekannt, daß durch Gesetz vom 9. Juni 1922 im § 165 und § 577 der Reichsversicherungsordnung die versicherungspflichtige Grenze für Angestellte und Betriebsbeamte von 40 000 Mark auf 72 000 Mark erhöht worden ist. Diese Bestimmung tritt mit dem 7. Juli 1922 in Kraft.

Berlin, den 28. Juni 1922.

Der Vorstand.
Max Ebel, Vorsitzender. Alfred Ekström, Schriftführer.

Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin

Bekanntmachung

Auf Grund des Gesetzes über Grundlöhne und Vorstandswahl bei den Krankenkassen vom 9. Juni 1922 treten mit Wirkung ab 1. Juli 1922 folgende Aenderungen ein:

Zur Festsetzung des Grundlohnes werden die Kassenmitglieder in 14 Stufen eingeteilt.

In Stufe A gehören alle ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge und die im § 3 Absatz 1 b genannten Familienangehörigen des Arbeitgebers, die ohne Entgelt im Betriebe beschäftigt werden.

In Stufe	gehören Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt
1	bis 6,— M.
2	von 6,01 „ 12,— „
3	„ 12,01 „ 18,— „
4	„ 18,01 „ 24,— „
5	„ 24,01 „ 30,— „
6	„ 30,01 „ 36,— „
7	„ 36,01 „ 42,— „
8	„ 42,01 „ 48,— „
9	„ 48,01 „ 54,— „
10	„ 54,01 „ 60,— „
11	„ 60,01 „ 70,— „
12	„ 70,01 „ 80,— „
13	mehr als 80,— „

Hiernach wird der Grundlohn wie folgt festgesetzt:

für die Stufe A auf	1 M.	für die Stufe 7 auf	42 M.
1 „	6 „	8 „	48 „
2 „	12 „	9 „	54 „
3 „	18 „	10 „	60 „
4 „	24 „	11 „	70 „
5 „	30 „	12 „	80 „
6 „	36 „	13 „	90 „

Die Kassenbeiträge werden auf sechs Hundertstel des Grundlohnes bemessen. Sie betragen:

in Stufe	tägl.	monatl.	in Stufe	tägl.	monatl.
A	0,06 M.	1,35 M	7	2,25 M.	63,— M.
1	0,36 „	9,— „	8	2,88 „	72,— „
2	0,72 „	18,— „	9	3,24 „	81,— „
3	1,08 „	27,— „	10	3,60 „	90,— „
4	1,44 „	36,— „	11	4,20 „	105,— „
5	1,80 „	45,— „	12	4,80 „	120,— „
6	2,16 „	54,— „	13	5,40 „	135,— „

Das Krankengeld beträgt 60 Proz. des Grundlohnes.

Das Sterbegeld für Mitglieder beträgt das Vierzigfache des Grundlohnes.

Der Vorstand 106/13
A. Rauch, stellv. Vors. R. Lindemann, Schriftf.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz

Bekanntmachung

Das Oberversicherungsamt Berlin hat den in der Ausschußsitzung am 26. Mai 1922 beschlossenen IX. Nachtrag der Satzung genehmigt. Durch diesen Nachtrag werden die §§ 19, 20, 49, 70 geändert bzw. ergänzt. Die §§ 20 und 70 treten am 1. Mai 1922, die §§ 19 und 49 am 1. Juli 1922 in Kraft.

Abdrucke des Satzungsnachtrages liegen den Mitgliedern und den Arbeitgebern im Kassenlokal, Körnerstr. 55, zur Verfügung.

Auf Grund des Gesetzes vom 9. Juni 1922 über Grundlöhne und Vorstandswahlen bei den Krankenkassen hat der Kassenvorstand in seiner Sitzung am 27. Juni d. J. beschlossen, den im § 19 der Satzung vorgesehenen Grundlohn auf M. 90.— zu erhöhen. § 19 Abs. 1 und 2 hat nunmehr folgende Fassung: Die baren Leistungen der Kasse werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt der nach der verschiedenen Lohnhöhe stufenweise festgesetzte durchschnittliche Tagesentgelt der Kassenmitglieder bis M. 90.— für den Arbeitstag. Zur Festsetzung des Grundlohnes werden die Kassenmitglieder in 19 Stufen eingeteilt. Es gehören
in Stufe A alle ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge
„ „ 1 Vers. mit einem täglichen Entgelt bis 3 M. „ 6 „
„ „ 2 „ „ „ „ von über 3 M. „ 6 „
„ „ 3 „ „ „ „ „ „ 6 „ „ 9 „
„ „ 4 „ „ „ „ „ „ 9 „ „ 12 „
„ „ 5 „ „ „ „ „ „ 12 „ „ 15 „
„ „ 6 „ „ „ „ „ „ 15 „ „ 20 „
„ „ 7 „ „ „ „ „ „ 20 „ „ 25 „
„ „ 8 „ „ „ „ „ „ 25 „ „ 30 „
„ „ 9 „ „ „ „ „ „ 30 „ „ 35 „
„ „ 10 „ „ „ „ „ „ 35 „ „ 40 „
„ „ 11 „ „ „ „ „ „ 40 „ „ 45 „
„ „ 12 „ „ „ „ „ „ 45 „ „ 50 „
„ „ 13 „ „ „ „ „ „ 50 „ „ 56 „
„ „ 14 „ „ „ „ „ „ 56 „ „ 62 „
„ „ 15 „ „ „ „ „ „ 62 „ „ 68 „
„ „ 16 „ „ „ „ „ „ 68 „ „ 74 „
„ „ 17 „ „ „ „ „ „ 74 „ „ 80 „
„ „ 18 „ „ „ „ „ „ 80 „ „ „

Hiernach wird der Grundlohn bis auf weiteres festgesetzt:

Stufe		Stufe		Stufe	
A	1,50 M.	6	20,— M.	12	50,— M.
1	3,— „	7	25,— „	13	56,— „
2	6,— „	8	30,— „	14	62,— „
3	9,— „	9	35,— „	15	68,— „
4	12,— „	10	40,— „	16	74,— „
5	15,— „	11	45,— „	17	80,— „
				18	90,— „

Im vorletzten Absatz letzter Satz heißt es statt 80 M. 90 M. § 49 Abs. 2 Satz 2 (IX. Nachtrag) lautet: Sie werden täglich berechnet und betragen für den Arbeitstag:

Stufe		Stufe		Stufe	
A	0,10 M.	6	2,— M.	12	5,— M.
1	0,30 „	7	2,50 „	13	5,60 „
2	0,60 „	8	3,— „	14	6,20 „
3	0,90 „	9	3,50 „	15	6,80 „
4	1,20 „	10	4,— „	16	7,40 „
5	1,50 „	11	4,50 „	17	8,— „
				18	9,— „

Vorstehende Aenderung tritt am 1. Juli 1922 in Kraft.

Gleichzeitig bringen wir hierdurch zur Kenntnis, daß durch Gesetz vom 9. Juni 1922 über Versicherungspflicht in den Krankenkassen die Versicherungsgrenze auf 72 000 M. vom 7. Juli 1922 ab erhöht worden ist. 106/12

Berlin-Steglitz, den 28. Juni 1922.

Der Vorstand.
Liebe, Vorsitzender. Albert Wagner, Schriftführer.

Deutscher Holzarbeiterverband

Verwaltungsstelle Berlin :: SO. 16, Rungestraße 30

Freitag, den 30. Juni, abends 7 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße 1/4

Vertrauensmänner- und Betriebsräte-Versammlung

der dem Reichsmanteltarif unterstehenden Betriebe.

Tagesordnung:

1. **Das Ergebnis unserer Lohnverhandlungen**
2. Aussprache und Beschlußfassung. 40/12
3. Verbandsangelegenheiten.

Verwaltungsmitglieder treten vorher um 5 Uhr daselbst im Ornamentsaal zusammen. — Ohne Verbandsbuch und Funktionärkarte kein Zutritt!

Die Ortsverwaltung.

Bilanz der gemeinnützigen Bauhütte Berlin

e. G. m. b. H.
Berlin W. 35, Genthiner Straße 34
per 31. Dezember 1921.

Aktiva:		Passiva:	
Städtische Sparkasse Neukölln	M. 38 410.—	Stammanteile	M. 24 810.—
		Darlehn	„ 13 600.—
	M. 38 410.—		M. 38 410.—

Bestand der Genossen bei der Gründung 13
Zugang 1921 3
Bestand am 31. Dezember 1921 16

Berlin, den 26. Juni 1922.

Gemeinnützige Baugenossenschaft „Bauhütte Berlin" e. G. m. b. H.
gez. Otto Hanke. Für den Aufsichtsrat. Max Anton. gez. Felix Breiske.

100 M. sparen Sie bei jedem **Paar Schuhe**
Großdedailverkauf
Braune Damen-Schuhe zu Fabrikpreisen!
Schuhfabrik Weinberger
Brunnenstr. 25, Hof hochparterre.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei

Eing. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

Reinickendorf-Ost, Willestr. 62.

Bilanz vom 31. Dezember 1921.

Aktiva.

Waren-Konto	108 541,—
Betriebs-Unkosten-Konto	16 000,—
Gespann-Unkosten-Konto	3 063,—
Kasse-Konto	12 352,37
Bank-Konto	12 677,20
Effekten-Konto	200,—
Grundstück-Konto	33 000,—
Gebäude-Konto	143 000,—
Maschinen-Konto	1,—
Inventar-Konto	1,—
Gespann-Konto	16 000,—
Konto-Korrent-Konto	47 297,84
	389 142,33

Passiva.

Guthaben der Genossen	900,—
Darlehns-Konto	15 300,—
Hypotheken-Konto	175 000,—
Reservefonds-Konto	12 741,71
Konto-Korrent-Konto	104 112,79
	308 154,50

105/1

Im Laufe des Geschäftsjahres hat sich die Mitgliederzahl nicht verändert und beträgt 18 Genossen. Das Geschäftsguthaben der Mitglieder sowie die Haftsumme betragen am 31. Dezember 1921 je 900 M.

Berlin-Reinickendorf, den 24. Juni 1922.

Rob. Engel. Karl Marschel. Karl Höpfner.

D. R. G. M.
Allen voran
beim Einkauf von
Brillanten • Platin Gold- u. Silber-Bruch
Uhren, Zahngebissen, Ketten, Münzen
die renommierte Firma
Juwelier **H. Wiese**
Artilleriestraße 30
5 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.
u. Passauer Str. 12
(Ecke Augsburger Straße)
1 Min. v. Wittenbergpl. — Bus. Zoo
unmittelbar Nähe Kadewe
nur alteingesessene Firma
Telephon Norden 1093.
Steinplatz 11803.
Eigene Schmelze

Glauben Sie an Sympathie?

Wir glauben fest daran. Wir halten sie für das einzige wirksame Mittel, uns unsere Kundschaft zu erhalten. Deshalb legen wir so großen Wert darauf, daß jeder, der eines unserer 34 Geschäfte besucht hat, dies mit dem Gefühl verlassen soll, hier bist du gut bedient worden, hier kannst du mit Vertrauen wieder kaufen. Ihre Sympathie ist es, auf die wir Wert legen. Vielleicht ist uns nicht immer geglückt, was wir erstreben, aber es ist unser aufrichtiger Wunsch, uns die Sympathie unserer Kunden zu erwerben und zu erhalten. Und sollte es bei einem der vielen Leser dieser Zeilen uns nicht gelungen sein, so bitten wir hiermit aufrichtig darum, uns jetzt noch Gelegenheit zu geben, den Fehler wieder gutmachen zu dürfen, ganz gleich, wieviel Monate oder Jahre darüber vergangen sein mögen, und ganz gleich, was es uns kosten mag. Schreiben Sie uns ein paar Zeilen oder, besser, besuchen Sie uns am Spittelmarkt, Wallstr. 1, im Direktionszimmer, zum mindestens telephonieren Sie uns unter Zentrum 11 216. Wir möchten gern jedem, der Augengläser benötigt, so helfen, wie er es erwartet. Kein Mittel wollen wir dabei unversucht lassen. Nur darum geben wir unsere Garantie, wonach wir jeden Metallteil der Double- und Goldfassung umsonst reparieren oder neu ersetzen in der Garantiezeit von 1—4 Jahren. Nur darum garantieren wir für passende Augengläser und verpflichten uns zum Umtausch, bis Sie diejenigen Gläser gefunden haben, die Ihnen behagen. Doch nur in seltenen, ganz außergewöhnlichen Fällen wird solch Umtausch erforderlich sein, weil unser tüchtiges Personal fachmännisch gründlich genug vorgebildet ist auf dem Gebiet der Augengläserverordnung. Im eigenen Interesse eines jeden, der Augengläser benötigt oder mit seinen jetzigen nicht zufrieden ist, oder dessen Fassung nicht gut sitzt, wünschen wir, daß er eines unserer Geschäfte besuchen möge, wahrscheinlich wird er dann ebenfalls aus Ueberzeugung und Sympathie sagen, wie so viele Tausende vor ihm:

Sind's die Augen — geh zu Ruhnke!

C Spittelmarkt Ecke Wallstr. — Alexander-Platz nahe Alkinger — Königstr. 55 gegenüber Rathaus
SW Belle-Alliance-Str. 4 nahe Hanbdorf
W Friedrich-Str. 193 a Ecke Leipziger Str. — Leipziger Str. 113 Ecke Mauer-Str. — Linkstr. 1 Ecke Potsdamer Str.
SO Oranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Oranien-Platz
S Kottbuser Damm 10 nahe Hanbdorf
O Frankfurter Allee 14 nahe Tilsit
N Friedrich-Str. 106 Ecke Ziegel-Str. — Invalidenstr. 164 Ecke Brunnen-Str. — Invalidenstr. 117 am Stettiner Bhf.
NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheen-Str.
N Chaussee-Str. 72 nahe Müller-Str. — Schönhauser Allee 81 am Bhf. Nordring
Charlottenburg: Kantstr. 19 Ecke Marburger Str. — Joachimsthaler Str. 2 nahe Bhf. Zoo
Wilmersdorf: Berliner Str. 132—33 nahe Uhland-Str.
Schöneberg: Hauptstr. 21, Ecke Kleist-Str.
Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Kirch-Str.
Neukölln: Berg-Str. 4, Ecke Kleiben-Str.
Spandau: Breite Str. 18, nahe Markt

33 Geschäfte in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Cöln, Magdeburg, Basel — Fabriken in Berlin und Rathenow

UNIVERSUM-PALAIS
TANZPLATZ IM FREIEN
CABARET BONBONNIERE

UNIVERSUM ANDES ULAP AUSSTELLUNGS PARK

ALT-BERLIN
RIESEN-ALPEN-BAHN
NEUARTIGE ATTRAKTIONEN

DER VERGNÜGUNGSPARK BERLINS
AM LEHRTER BAHNHOF
1. JULI ERÖFFNUNG 1. JULI ERÖFFNUNG 1. JULI

Theater, Lichtspiele usw.

Operuhaus Così fan tutte 7½ Uhr
Schauspielhaus Peer Gynt 7½ Uhr
Deutsch. Theat. 7½: Potasch und Perlmutter. Freitag 7½: Potasch u. Perlmutter
Kammerspiele Geschlossen.
Gr. Schauspielh. (Karlstraße) 7½: Die versunkene Glocke. Freitag 7 Uhr, zum ersten Male: Die Maschinenstürmer
„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Th. i. d. Königgrätzer Str. tägl. 8 Uhr
Komödienhaus 8 U.: „Gretchen" Glässner, Roberts.
Berliner Th. 7.45: Madame Pilri
Berliner Prater-Theater Kastanienallee 7-9. Heute, Donnerstag, Großer Volkstag. Konzert, Theater u. Spezialitäten. U. a. Die Prinzessin v. Nil. Operette in 3 Akten. Beginn 5 Uhr.

Central-Theater 8 U.: Mädels v. Davos
Deutsch. Opernh. 7 Uhr: Margarete
Intimes Theater 8: Die Peitsche und? — Laui doch nicht immer nackt herum
Lustspielhaus 8 Uhr: Der Werwolf
Metropol-Theater 7½ Uhr: Die Bajadere
Neues Operett.-Th. Geschloss. Sonnbd., 1. Juli, 7½ Uhr: Die Mädels v. Davos
Neues Theat. am Zoo 8 Uhr: Scampolo
Schiller-Th. Charlbg. Operettenspielzeit. 8 Uhr: Umsattführg. Die keine Sünderin. Von Jean Gilbert
Th. a. Nollendorfpl. 7½ Uhr: Verliebte Leute
Theater des Westens 8 U.: Bis früh um fünfe
Wallner-Theater 7½ U.: Die beiden Nachtigallen
Walhalla-Theater 8 Uhr: Das Gasthaus zur Liebe

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 7½ Uhr: Der Verschwender
Lessing-Th. Sommerspielzeit. Allabendl. 7½ Uhr: Die Ballerina d. Königs
Deut. Künstler-Th. Sommerspielzeit. Allabendl. 8: „Die erste Nacht" Mus. v. Hugo Hirsch. Max Adalbert. Lily Flohr
Trianon-Th. Täglich 8½ Uhr: Moral. Burg, Limburg, Junkermann, Schroth
SCALA Tägl. 8 Uhr Internat. Varieté
Theater a. Kottb. Tor. Nachspl. 16 077. Allabdl. 7½: Elite-Sänger „Was sich d. Wald erzählt" — und „Der Sängling"
Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Residenz-Th. Täglich 8 Uhr: Eine Frau ohne Bedeutung. Arnold Korff. Adele Sandrock
Komische 7¾ Oper 7¾ Der Meister vom Montmartre. Riesenhafte Liebesleb.
Theater des Ostens (Rose-Theater) Auf d. Gartenb. 5 U. Berlin-Wien-Kostümfilm
Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr: Stettiner Sänger. Dünhoff-Brettl Anf. 7½ U.
Zelt I. Direktion: Richard Weise. Täglich ab 6 Uhr Das große Varieté-Programm. Nachm. 3-6 Uhr und Sonntags mittag 11 bis 2 Uhr. Militärfreikonzerte ausgeführt von den Kapellen der Reichswehr.

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA, AFRIKA, OSTASIEN usw.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. - Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
EISENBAHNFAHRKARTEN zu Schalterpreisen. Zusammenstellbare Fahrscheinhefte für das In- und Ausland
SCHLAFWAGENPLÄTZE Bettkarten für deutsche und für internationale Schlafwagen
REISEGEPÄCKVERSICHERUNG ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Uebersee.
LUFTVERKEHR Rundflüge, Reklameflüge, Brief- und Paketbeförderung
Etwa wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG und deren Vertreter in: BERLIN W 8, Unter den Linden 8, Potsdamer Platz 3 und Leipziger Straße (Kaufhaus Tietz).

Gold Silber Platin -Bruch Zahngebisse Erich Fuhrmann Gotzkowskystr. 13

Ich hab's
Erhalt' Dir Deine teuren Schuh, Verwende nur Urbin dazu

Neue Welt — Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Donnerstag, den 29. Juni 1922: Elite-Tag
Großes Konzert Varieté-Vorstellung 14 Riesen-Attraktionen und Großes Riesen- Brill.-Feuerwerk vom Pyrotechniker Albert Nielandt
Im neuen Saal: Ball
Einlaß 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

Rennen zu Grunewald
Donnerstag, 29. Juni nachm. 3 Uhr

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 3.00 M. Das fettgedruckte Wort 4.00 M. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 2.50 M., jedes weitere Wort 2.00 M. Worte über 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachm. in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe

Kinderwagen, gebraucht, verkauft Hempel, Lützowstraße 67.

Damentaschen, Aktenmappen, Koffer. Auch Einzelverkauf. Lederwarenfabrik Meisel, Prinzenstr. 89. *

Silberfüchse 500.—, Kreuzfüchse 400.—, Wölfe 700.—, Weißfüchse, Zobel-, Blaufüchse, Skunks, Marder enorm billig. Pelzmäntel, Sportpelze, Gehpelze. Ferner: Herrenanzüge, Ulster, Cutaways, Kostüme, Mäntel, verkauft Leihhaus Moritzplatz 5a. Keine Lombardware. *

Sibirischer Kreuzfuchs, selten schön, 5/8, prachtvoller Silberfuchs 750, außerdem Silberwolf, Blaufuchs, Zobelfuchs billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstr. 44 II. Ecke Kommandantenstr.

Silberwölfe, Silberfüchse, Weißfüchse, Blaufüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Bibermäntel zur Hälfte des bisherigen Preises. Riesenlager, Gelegenheiten. Sie finden, was Sie suchen, gut und billig. Bauer Bazar, Kaiser-Wilhelm-Straße 16, Alexanderplatz. *

Leihhaus Friedrichstraße 3 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Anzüge, Schlafer, Paletots. Pelzwaren-Gelegenheitskäufe: Sportpelze, Gehpelze, Kaninjacken, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Auf Teilzahlung. Moderne Herrenkleiderstoffe in vornehmster Ausführung, bequeme, diskrete Teilzahlung. Gebrüder Feniger, Oranienburgerstr. 58, Seitenflügel (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit 9—7. Hausnummer genau beachten.

Monatsanzüge, Schwerpaletots 14 Tagesand billigsten Preisen. Kell, Germannstraße 20/30, hinter Mulackstraße. *

Staunenerregend! Wunderbare Neuheiten in Kreuz-, Alaska-, Zobel- und Silberfüchsen! Riesenauswahl aller Pelzarten zu fabelhaft billigen Sommerpreisen! Keine Versuchswaren. Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus Warschauerstraße 7. *

Riesenhaft besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlafer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw. in unübertrefflicher Auswahl, konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßanfertigung. Große Pelzwaren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware. Leihaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthalerter. *

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlafer, moderne Maßarbeit, bequeme, diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten. Leiser Gottlieb, Rollendorfstr. 22a, 2. Etage. Nähe Rollendorfplatz. Geöffnet 9—7. Heute nachmittag geschlossen. *

Getragene Friedensanzüge, große Auswahl, zum Teil auf Seide, sehr billig, jede Figur passend, auf Lager. Frack-, Smokinganzüge. Schneurmacher, Skalitzer Straße 138, Laden, Hochbahn Oranienstr.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7, verkauft spottbillig erstklassige Anzüge, Schlafer, Kaninjacken, Sportpelze, Gehpelze, Füchse aller Art. Keine Lombardware. *

Bettwäsche billiger! Trotz der großen Preissteigerung auf allen Gebieten liefe ich noch zu alten Preisen an: Deckbetten 160.—, Kissen 35.—, Laken 82.—, Hemdentuche 38.—, Enorm große Auswahl in Handtüchern, Tischtüchern, Küchen, Frottierwäsche, Nessel usw. Zentral-Bettwäschefabrik Charlottenburg, Berlinerstr. 99 (Wilhelm-Eisenpfuhl). Friedenau, Rheinstr. 39 (Kaiser-Allee). *

Bettwäsche billig, direkt aus Fabrik. Garnitur, Oberbett mit Kissen 210.—, 310.—, 350.—, Bettbezüge, ohne Naht 290.—, Bettlaken 96.—, Inlets 320.—, Nessel 26.—, Handtücher 19.50. Wischtuffs, Tischücher, bunte Bezüge zu rücksichtslos ermäßigten Preisen. Ueberschlaglaken, garnierte Kissen, enorm billig. Konkurrenzlose Massenauswahl. Streng reelles Angebot. Berliner Bettwäschefabrik Plattenerstr. 1 (Ecke Wilhelmstraße), Chausseestraße achtundachtzig (Haltestelle Liesenstraße). Größte Spezialfabriken mit Detailverkauf. Geöffnet ½9 bis 7. *

Bettwäsche billigst! Bettbezüge 138.—, 250.—, 350.—, Bettlaken 98.—, Federdichte Inlets 360.— an. Prima Ueberschlaglaken 395.—, 650.—, Paradekissen, Dimiti, Damast, Wischestoffe, Küchen, Handtücher, bekanntlich nur gute Qualitäten! Billigste Preise. Fensterware unter Selbstkosten. Riesenauswahl. Zuvorkommende, fachmännische Bedienung. Hotels, Anstalten größeren Rabatt. Wäschefabrik Stumpe u. Jäger, Kottbuserdamm dreiundsiebzig, Landsbergerstraße achtundachtzig. Größte Bettwäsche-Spezialfabriken. *

Gardinenkäufer! Noch größeren Vorrat im Künstlergardinen, Stores, Bettdecken zu meinen billigen Preisen. Witte, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 65A, I.

Möbel

Chaiselongues, Umbausofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 450.— an. Walter, Stargarderstraße achtzehn. *

Metallbetten 390.—, Chaiselongues 350.—, Patentmatratzen, Daunendecken, Kinderbettbett, Weicke, Auguststraße 10a, Quergebäude. *

Möbel-Verkauf. Moritzplatz 56, Fabrikgebäude. Gediegene Wohnungseinrichtungen zu denkbar niedrigsten Preisen. Riesenauswahl in Nußbaummöbeln, eichenen Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Küchen, Polstermöbeln. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. *

Küchen, edelste Formen, vornehmste bis einfachste, preiswert. Märkische Holzindustrie, Wilhelmstraße 30, kein Laden. Telephon: Kurfürst 3118. *

Musikinstrumente

Bandonion billig. Dörfer, Kreuzstraße 17 (gewerblich).

Kaufgesuche

Federnankauf, Linienstr. 19. 1409*

Gelforte, Weinforte, gebraucht, kauft jedes Quantum Brand, Linienstr. 201a, Laden (Rosenthaler Tor). *

Silberschmelze Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Mariannenplatz), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 1429*

Glühstrumpfasche (Spiegelsalzlauge) Quecksilber kauft zu Engrospreisen Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31.

Schneidedrehstahl, Schnellaufbohrer, Treibriemen, Schmiergelleinen kauft Hirsch, Ruppinerstraße 37. 96/19*

Schallplatten-Umtausch, Kilo 50.—, Musikhaus, Bergmannstraße 15. *

Verschiedenes

Siedlern gibt Bauzuschüsse kostenlos Hentzel, Travestraße 2. 962*

Arbeitsmarkt

Maschinenmeister für Steindruck stellen ein Hollerbaum & Schmidt, N. 65, Reinickendorferstraße 38. 90/20.

Bauanschläger verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 94. 1402b*

Laufmädchen sucht Stickerei Weiß, Sebastianstraße 27/28. 1465b

Elfenbeinschnitzer die in eigener Werkstatt arbeit., gesucht Hammerschlag & Friedemann, Neue Grünstr. 30, Aufgang 2.

Botenfrauen und Männer werden in den neuen, im Juni um über 50 Prozent erhöhten Lohnen sofort eingestellt

Ackerstr. 174 (Koppenplatz) — Fürstenstraße 42 — Gartenstraße 7 — Boxhagener Str. 62 — Greifenhagenerstr. 22 — Immanuelkirchstr. 24 — Lausitzer Platz 14/15 — Markusstraße 36 — Müllerstraße 34a — Petersburger Platz 2 — Prinzenstraße 31 — Steglitzer Straße 3 — Wattstraße 9 — Wilhelmshavener Straße 48

Borsigwalde, Hauptstraße 10
Lichtenberg, Wartenbergstraße 1
Neukölln, Arkastr. 2 u. Siegfriedstr. 28/29
Niederschönweide, Jonasstr. 23
Reinickendorf-Ost, Provinzstr. 56
Schöneberg, Belziger Straße 37
Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

Tischler für fournierte Möbel, selbständig nach Zeichnung arbeitend, werden eingestellt. Hoher Lohn. Fahrgeldvergütung v. Gesundbrunnen bis Biesenthal. Rolandwerke Biesenthal.

Mehrere erfahrene Schwach- und Starkstrom-Monteure zum baldig. Eintritt gesucht. Schriftliche Bewerbungen mit Zeugnissen an Licht- u. Kraftanlagen G. m. b. H. (Mitz & Gemelt) Berlin-Schöneberg, Gleichenstraße

Mehrere tücht., erfahrene Heizungsmonteure und Heizungshelfer gesucht Bernard Brockmann Charlottenburg Spreestraße 17.

Zuschneiderin findet in uns. Trikotagenabteilung dauernde Beschäftigung. Textil-Fabrikation G. m. b. H. Beuthstraße 2—3.

Arbeitsstuben sowie Heimarbeiter für Kinderkleidchen Mittelgenre verlangt per sofort Textilfabrikation Beuthstraße 2—3.

Tüchtige Kettlerinnen f. unsere Trikotagenabteilung sucht per sofort Textil-Fabrikation G. m. b. H. Beuthstraße 2—3.

TAPISSERIE Schaffiererinnen und Rempelfiererinnen f. dauernde Beschäftigung verlangt P. Lindhorst, Oranienstr. 125